

(A)

**Beginn: 10.05 Uhr**

**Präsidentin Friebe:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige 47. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen und darf Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauertribüne und ebenso herzlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich fünf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein und setzen die gestern unterbrochene zweite Lesung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1992 fort.

Ich rufe Nummer 1 auf:

**Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 11/2802 und eröffne die Beratung. Als erste Rednerin hat die Frau Abgeordnete Hieronymi für die Fraktion der CDU das Wort.

(B)

**Abgeordnete Hieronymi (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europäischer Rat in Maastricht und Haushaltsberatungen in der wirtschaftsstärksten Region Europas sind, denke ich, ein Grund, Bilanz zu ziehen und nach dem Beitrag zu fragen, den Nordrhein-Westfalen durch seine Landespolitik leistet, um das Europa der Regionen voranzubringen.

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie dargelegt: "Nordrhein-Westfalen will das Europa der Regionen ... zu einem lebendigen Föderalismus gehören leistungsfähige Länder, die ihre Aufgaben aus eigener Kraft bewältigen können."

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in Maastricht die

(C)

Forderungen der Länder nach einem Europa der Regionen erfolgreich in die Verhandlungen eingebracht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle wollen gemeinsam ein Europa der Nationen, das nicht auf Zentralismus ausgerichtet ist, sondern durch den Aufbau in Regionen, die diesem Zentralismus erfolgreich entgegenwirken, gekennzeichnet ist.

Deshalb war es so entscheidend, daß bei den Verhandlungen in Maastricht neben den Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Eintritt in das Europa der Regionen geschafft wurde.

Die CDU-Fraktion begrüßt es ausdrücklich und ist sehr stolz darauf, daß das von uns allen geforderte Regionalorgan erstmalig durch die deutsche Bundesregierung in die europäischen Strukturen eingeführt worden ist.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Champignon [SPD]: Regionen!)

Aber dieser Erfolg von Maastricht für die Regionen in Europa muß von diesen selbst ausgefüllt werden. Deshalb sage ich hier ganz deutlich: Die politische Kraft der Regionen in Europa wird letztlich davon abhängen, in welchem Maße die Regionen selbst - und hier insbesondere die wirtschaftsstarken Regionen - ihre politische Kompetenz auch durch Leistungsfähigkeit und politischen Gestaltungswillen werden ausfüllen können.

(D)

(Abgeordneter Champignon [SPD]: In den Regionen!)

Ich frage den Ministerpräsidenten: Wo bleibt denn die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen, die diese Aufgaben der Regionen, die sie reklamiert, auch tatsächlich ausfüllt?

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Wissen Sie das nicht?)

(A) (Hieronymi [CDU])

Wir haben insbesondere die Kultur- und Medienpolitik sowie die Schul- und Hochschulpolitik aufgrund von Gesetzgebungskompetenzen der Europäischen Gemeinschaft unangreifbar und reserviert für die europäischen Bundesländer als Landeskompetenzen eingefordert.

Und, meine Damen und Herren, was zeigt die Bilanz der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen? - Diese von uns eingeforderte Kompetenz der Regionen wird in Nordrhein-Westfalen beispielhaft nicht erfüllt.

Es gibt kein Land in der Bundesrepublik Deutschland und damit keine Region, in der so viele Lehrer fehlen, wie in Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf der Ministerin Brusi)

Herr Ministerpräsident, Sie fordern das Europa der Regionen; und Sie lassen zu, daß 17 000 Lehrer in unserem Land fehlen, um genau die Kompetenz, die Sie für unsere Region fordern, tatsächlich auch auszufüllen.

(B) Sie lassen es zu, daß wir im Bereich innere Sicherheit - ebenfalls eine Kompetenz der Region - ein Defizit wie keine andere Region in der Bundesrepublik aufweisen. 7 500 Polizisten fehlen in diesem Lande, um die Kompetenzen, die wir für die innere Sicherheit einfordern, auch tatsächlich wahrnehmen zu können.

(Zustimmung bei der CDU)

Das heißt: Herr Ministerpräsident, Sie treten als Wortführer der Regionen, vertreten in Deutschland durch die Bundesländer, auf und fordern, Kompetenzen im Europa der Regionen zu sichern. Die Bundesregierung, Bundeskanzler Helmut Kohl, schafft es, diese Kompetenzen in die Verträge hineinzubringen,

(Lachen bei der SPD)

und Sie sind durch Ihre Landespolitik nicht in der Lage, diese Aufgaben, die Sie eingefordert haben, auch tatsächlich zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

(C)

In einem Land wie Nordrhein-Westfalen, in dem wir ein Wirtschaftswachstum haben, das um bis zu 18 % in der Summe hinter dem Wirtschaftswachstum anderer Bundesländer zurückliegt, verzeichnen wir einen Einnahmefall allein durch die dadurch nicht eingegangenen Steuereinnahmen in Höhe von rd. 10 Milliarden DM pro Jahr.

Eine Landesregierung, die in dieser Weise einfordert, die wirtschaftsstärkste Region innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu sein, die gleichzeitig einen Schuldenberg von mittlerweile fast 108 Milliarden DM hat, die ihre Lehrer nicht mehr bezahlen kann, die ihre Polizisten nicht einstellen kann, diese Region ist allerdings kein Geleitzug, keine Lokomotive für das von uns gewollte Europa der Regionen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn ich mir dann Ihren Haushalt, Herr Ministerpräsident, ansehe, den Haushalt - Einzelplan 02 - der Staatskanzlei, dann stelle ich fest, daß in diesem Haushalt genau die Ursachen zu finden sind, warum wir ein solches katastrophales Defizit haben, was uns daran hindert, wichtige Aufgaben des Landes wahrzunehmen. Nur drei Beispiele, die zeigen, wie Sie einer auf Leistungsfähigkeit und ausreichende Einnahmen orientierten Politik eine klare Absage erteilen!

(D)

Erster Punkt: Der Finanzminister hat hier bei den Haushaltsberatungen einen Null-Stellen-Zuwachs für die Haushaltsjahre 1992 und 1993 eingefordert. Null Stellen, d. h.: in unseren Schulen noch nicht einmal Ersatz der Lehrer, die im kommenden Schuljahr pensioniert werden - noch nicht einmal der! -,

(Minister Schwier: Doch!)

in unseren Hochschulen keine ausreichende, den Studentenzahlen entsprechende Stellenausweitung, weil das Ziel "Null-Wachstum - keine zusätzlichen Stellen" erklärtes generelles Ziel der Landesregierung ist.

Und was macht der Ministerpräsident dieses Bundeslandes

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Er redet

(A) (Hieronymi [CDU])

mit Herrn Schnoor!

in seinem eigenen Haushalt? - Er weitet die Stellen aus wie in keinem anderen Einzelplan dieses Landes-etats.

(Beifall bei der CDU)

Herr Rau, vielleicht wollten Sie sich hinter der insgesamt kleinen Zahl etwas verstecken. Nur, diese Zahl der Stellenzuwächse müssen Sie berechnen auf die Gesamtzahl der Mitarbeiter Ihres Hauses, und Sie kommen auf den stolzen Anteil von 4,4 % Stellenzuwachs in der Staatskanzlei. Das heißt fast 5 % Stellenzuwachs in der Staatskanzlei, obwohl gleichzeitig in anderen Haushaltsbereichen die Menschen in Altenheimen, in Krankenhäusern, in Kindergärten, in Sonderschulen dringend zusätzlicher Hilfe bedürfen. Hier wird diese Hilfe durch den Ministerpräsidenten nicht gewährt. In seiner eigenen Staatskanzlei stellt er die ausreichenden Leute ein, um entsprechend selbst versorgt zu sein.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Ein ungeheuerlicher Vorgang!)

(B) Zweiter Punkt! Ein sparsamer Haushalt sollte gefahren werden, um endlich die immense Verschuldung des Landes zurückzuführen. Wo finden wir überproportionale Zuwächse?

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Bei Herrn Waigel!)

Neben dem Stellenplan, Herr Minister Schleußer und Herr Ministerpräsident, sieht es noch drastischer aus bei der Frage "Mehr Geld für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei?". Allein um 10 % wird der Haushaltsansatz des Landespresse- und Informationsamtes ausgeweitet, um die Aufgaben - -

(Abgeordneter Büsow [SPD]: Für das Europa der Regionen!)

- Herr Büsow, jetzt hören Sie einmal gut zu. Das hat nichts mit der Europapolitik zu tun, sondern ausweislich der Erläuterungen im Haushalt heißt es, Herr Ministerpräsident: Notwendig 10 % Erhöhung für die wesentlich stärkere Außendarstellung des Landes. Das

(C)

ist Ihnen allein bei diesem Ansatz 300 000 DM wert. 300 000 DM, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

Zweiter Punkt bei den Ausgaben, die Sie tätigen: Im Bereich der Medienpolitik, Herr Büsow, unterstützen wir sehr wohl die Entwicklung einer dualen Rundfunkordnung, nämlich Stärkung des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks in Nordrhein-Westfalen. Was wir aber nicht unterstützen, ist, daß die Landesregierung auch in diesem Haushalt wieder im Bereich der Medienpolitik Haushaltszuwächse hat wie fast in keinem anderen Einzelhaushalt dieses Landes überhaupt.

(Abgeordneter Büsow [SPD]: Investitionshaushalt!)

Ich nenne Ihnen die Beispiele: 1,4 Millionen DM für das Europäische Medieninstitut. Wir sind nicht gegen das Europäische Medieninstitut. Wir hätten es gern in unserem Lande. Aber wenn wir dafür, Herr Trinius, gleichzeitig an unseren Universitäten nicht die Möglichkeit haben, ausreichende Kapazitäten zu schaffen - Bauruinen in den Universitäten, keine entsprechenden Personalausweitungen -, dann sind wir allerdings dagegen, hier im Bereich der Staatskanzlei eine solche Ausweitung außerhalb unserer Universitäten vorzunehmen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Oder nehmen Sie das Beispiel der Filmstiftung: Die Landesmittel für die Filmstiftung werden allein in diesem Jahr um 2,5 Millionen DM, das heißt von 12,5 auf 15 Millionen DM und damit um 20 % erhöht. Die Filmstiftung - auch ein wünschenswertes Unternehmen in diesem Lande. Aber eine Erhöhung um 20 % für die Filmstiftung ist in einem Haushaltsjahr, wo ich die dringendsten Aufgaben im Bereich der Kindergärten, im Bereich der Kinderkliniken und im Bereich der Sozialstationen nicht erfüllen kann, unverantwortlich.

Und wie finanziert die SPD, die Landesregierung, diese Aufgaben? Sie hat ja unterm Strich - darauf

**(A)** (Hieronymi [CDU])

wird der Ministerpräsident sicherlich nachher hinweisen - keine Ausweitung ihres Haushaltes für den Haushalt des Ministerpräsidenten vorgenommen. Sie finanzieren diese Aufgaben, in dem Sie die humanitären Hilfen für die Staaten Osteuropas, Herr Ministerpräsident, um insgesamt 29,5 %, das heißt rund 30 % allein in diesem Landeshaushalt, kürzen.

Meine Damen und Herren! Für die CDU sage ich Ihnen ganz eindeutig: Bei den außerordentlich schwierigen Verhältnissen in Ost- und Südosteuropa, auch in diesem Winter und auch im kommenden Jahr, halten wir es nicht für vertretbar, daß, um an anderer Stelle im Haushalt des Ministerpräsidenten Ausgaben zu erweitern, wir diese dringend benötigten humanitären Hilfen für Osteuropa streichen.

Das ist nicht die Solidarität, die wir meinen. Wir fordern, daß das Land Nordrhein-Westfalen nicht nur in einer einmaligen spektakulären Aktion und nicht nur, um die Diskussion von gestern aufzugreifen, für Roma und Sinti, sondern für die Menschen in Osteuropa die Hilfen, zu denen wir in der Lage sind und die im letzten Jahr auch im Rahmen des Haushaltes erbracht wurden, tatsächlich in diesem Jahr zur Verfügung stehen und nicht für Filmstiftung, für Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung, für Stellenausweitung bei der Landesregierung vereinnahmt werden, statt den Menschen zu helfen, die diese Hilfen dringend brauchen.

**(B)**

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Friebe:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende, kommen Sie bitte zum Schluß.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU):** Ich fasse zusammen:

Erstens. Es reicht nicht aus, ein Europa der Regionen mit Worten zu fordern, Herr Rau. Notwendig ist es, durch eigene Landespolitik die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß dieser Anspruch, Politik der Regionen zu machen, auch tatsächlich erfüllt wird.

Zweitens. Der Landeshaushalt des Ministerpräsidenten ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Landesregierung

**(C)**

in ihrem parteipolitischen Interesse Ausgaben ausweitet, um sie an anderer Stelle bei humanitären Maßnahmen zu kürzen.

Das ist nicht die Politik, die wir wollen, die den Menschen hilft. Das ist nicht die Politik, die für unser Land mehr Wirtschaftskraft bringt. Deshalb lehnt die CDU-Fraktion den Haushalt des Ministerpräsidenten ab. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Friebe:** Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Rohde.

**Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige von uns haben ja gestern abend relativ lange zusammengesessen und sich auch erst heute morgen früh getrennt. Sie haben deswegen lange zusammengesessen, weil es etwas Gutes zu trinken und zu essen gab. Da geraten ja auch schon einmal die ideologischen Positionen durcheinander, was ja hervorragend ist. Deswegen habe ich heute morgen wirkliche Schwierigkeiten, über den Unterschied zwischen Einnahmeausfall und Ausfalleinnahme zu philosophieren,

**(D)**

(Heiterkeit)

wobei ich davon ausgehe, daß die Regierung sowieso von der F.D.P.-Fraktion nicht verlangt, daß wir ihrem Haushalt zustimmen, schon deswegen, weil wir nicht den Ministerpräsidenten stellen. Wäre es umgekehrt, würden wir ihm zustimmen;

(Heiterkeit bei der SPD)

aber wir warten auf 1995. Deswegen brauche ich nicht im einzelnen zu begründen, warum wir dagegen sind: weil die Schulden von 30 auf 112 Milliarden DM gestiegen sind, weil die Zinslastquote 10,1 % beträgt oder die Pro-Kopf-Verschuldung so hoch ist - Ziffern, die man heute morgen sowieso nicht im einzelnen verstehen kann.

Es hat auch für mich wenig Sinn, darüber zu philoso-

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

phieren, daß der frühere Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herr Vogel, gesagt hat: "Nordrhein-Westfalen ist ein und dasselbe",

(Heiterkeit)

was ich schon von der Sprachlogik her falsch finde, weil es ja nur heißen kann: "... sind ein und dasselbe".

(Heiterkeit - Ministerpräsident Dr. Rau: Jetzt haben Sie sich aber versprochen.)

- Nein.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Diese Korrektur nehmen wir hin.)

Ich gehe davon aus, daß NRW und der Ministerpräsident im Sprachgebrauch von Leibniz zwei - wie heißt das? - Monaden sind, also zwei Identitäten, und deswegen kann es ja nur heißen: "... sind ein und dasselbe".

(Heiterkeit)

(B) Ich möchte deshalb - Sie merken es der Logik meiner Sprechweise an - etwas zur politischen Kultur im Lande Nordrhein-Westfalen sagen.

(Erneut Heiterkeit - Ministerin Brunn: Und das morgens!)

Ich hatte das wunderbare Erlebnis, ebenso wie der Kollege Farthmann, Frau Höhn und Herr Linssen, als wir alle zusammen in SAT 1 auftraten, und zwar in der Sendung "Zoff" - wohinter sich ja verbirgt, daß es eine ausgesprochene Informationssendung ist,

(Heiterkeit)

die die Bürger klüger macht, was keiner versteht, der daran teilgenommen hat, wahrscheinlich auch keiner, der sie sieht. Als wir zurückkamen zur Maske, kam eines dieser Mädchen - ich glaube, sie tragen den bezeichnenden Namen "Visagistin" -, guckte in dieselbe, bei uns allen,

(Heiterkeit)

(C)

und sagte: "Mein Gott, ihr macht ja jetzt einen ganz vernünftigen Eindruck. Als ich euch eben gesehen habe, hatte ich den Eindruck, ihr haßt euch."

(Heiterkeit)

So fragen wir uns denn alle: Warum sind wir eigentlich nur beim Essen vernünftig, und warum müssen wir ständig polemisieren, wenn wir unsere offiziellen Rollen spielen?

(Allgemeine Heiterkeit - Zustimmung bei Abgeordneten von F.D.P. und CDU)

Da hatte die Visagistin völlig recht. Denn das ist das, was ich ja auch gestern abend erlebt habe, als wir bei Wein und Brot zusammengesessen haben. Der Benediktinerpater, der das Essen eingeleitet hatte, war auch der Meinung, das, was wir erlebten, sei der Vorhof zum Himmel. - Was wir hier erleben, ist dann ja der Vorhof zur Hölle. - Da stellten wir jedenfalls alle fest: Wir können alle miteinander vernünftig reden.

Das bringt mich dann zu der Frage: Warum

(Zuruf - Heiterkeit)

(D)

muß es eigentlich sein, daß wir ständig gegenseitig unsere Anträge ablehnen? Warum ist das eigentlich so? Muß es eigentlich so sein, daß hier immer eine Abstimmungsguillotine in Bewegung gesetzt wird? Oder kann es nicht tatsächlich sein - jetzt komme ich nun wirklich zum Ernst -, daß wir etwas besser aufeinander hören, Herr Dammeyer?

Es gab einmal die Zeit, über die Wolfram Dorn berichtet, in der es möglich war, daß Haushaltsanträge zwischen ihm und Herrn Denzer und Herrn Schwefer diskutiert wurden. Ich frage: Warum ist das nicht weiter möglich, daß man aufeinander hört und daß man auch einmal Vorstellungen der Opposition in Haushaltsanträgen realisiert?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Warum leisten wir uns das Ritual, daß dieser Haushalt, nachdem der von der Regierung vorgelegt worden ist, im Grunde auch schon verabschiedet ist? Das

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

heißt, wir leisten uns ja Rituale, bei denen wir uns anöden und nichts mehr zu machen ist. Ich frage also: Muß das so sein?

Muß das auch so sein, wenn wir, die Opposition, z. B. seit Jahren sagen: Landesregierung, verkürze doch einmal die Genehmigungsverfahren, weil die Produktionszyklen der Wirtschaft sich in immer kürzeren Zeiträumen gestalten! Also braucht man eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren. Unsere Anträge werden aber immer abgelehnt. Jetzt lesen wir, daß der Ministerpräsident dem Unternehmensverband an der Ruhr dies zugestanden hat und bei der Abkürzung von Genehmigungsverfahren offenbar auch die Führung im Bundesrat übernommen hat.

Kann man da nicht gemeinsam eine solche Arbeit leisten? Muß es immer so sein, daß die Opposition Anträge stellt, weil sie ja besonders beweglich ist und nichts mit Behördenapparaten zu tun hat, und daß man dann immer jahrelang warten muß, bis die vernünftigen Anträge umgesetzt werden?

Muß es - drittens - eigentlich so sein, daß wir im Grunde nur über Gutachten miteinander verkehren? Das ist auch ein Punkt, über den wir zu reden haben. Wir diskutieren über die Kohlepolitik anhand des Gutachtens von Mikat, über die Wirtschaftspolitik anhand des Gutachtens von Mikat, über die Schulpolitik anhand des Gutachtens von Kienbaum, vielleicht demnächst über die innere Sicherheit anhand des Gutachtens von Schüler.

Dabei können wir vernünftig miteinander reden; wir wissen ja, wie wir die Probleme im Lande lösen müssen. Warum warten wir eigentlich immer auf Gutachten und verkehren nur über Dritte und trauen uns nicht selbst, miteinander zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen?

Muß es eigentlich so sein - darüber haben wir gestern lange debattiert -, in der Öffentlichkeit mehr Erfolg zu haben - wir mit einem Filztuch, die GRÜNEN mit einem Filzteppich -, aber weniger Erfolg zu haben mit, wie wir finden, guten Anträgen?

Wie sieht es eigentlich mit der Öffentlichkeit hier im Lande aus? Ist es eigentlich richtig, daß es in dieser wunderbaren Einladung "Nordrhein-Westfalen seit 25

(C)

Jahren die soziale Kraft" heißt, und bedarf es dieser Beschönigungen, die Sie doch gar nicht brauchen, wie beispielsweise:

Die Hälfte der hundert größten Unternehmen der Bundesrepublik hat ihren Standort bei uns.

Das ist zwar richtig, Herr Ministerpräsident, aber kein Unternehmen ist von einem Sozialdemokraten gegründet worden - auch nicht von einem Liberalen oder von einem CDU-Mann -, sondern die Unternehmen, die wir hier haben, stammen alle aus dem letzten Jahrhundert, also aus der Zeit vor der SPD-Regierung.

An anderer Stelle sagen Sie:

Nirgendwo sonst ist ein so durchgreifender Strukturwandel ohne soziale Brüche gelungen.

Warum eigentlich diese Schönfärbereien? Sie sind nicht gerechtfertigt, wenn man sich die Arbeitslosenquoten in den Städten des Ruhrgebiets ansieht oder das Zurückbleiben des Bruttosozialprodukts berücksichtigt.

Ist es nicht notwendig, zu einer neuen Art von öffentlichem Diskurs zu kommen? Denn wir haben keine Öffentlichkeit für unsere Politik, für die Politik des Parlaments hier in Nordrhein-Westfalen. Man muß sich, wie ich glaube, auch einmal Rechenschaft darüber geben, was wir denn eigentlich darstellen, was wir denn eigentlich sind. Sind wir ein Regierungsparlament, wie Riemer gesagt hat, oder sind wir ein Abgeordnetenparlament, wie es notwendig wäre?

Wäre das zweite der Fall, müßte es Waffengleichheit zwischen der Opposition einerseits und der Aktions-einheit Regierung/Mehrheitsfraktion andererseits geben. Diese Waffengleichheit aber gibt es nicht.

Natürlich kontrolliert die Mehrheitsfraktion die Regierung - ganz klar! -, aber eben nicht im öffentlichen Diskurs. Diesen stellt vielmehr die Opposition her. Das heißt, der öffentliche Diskurs ist allein Angelegenheit des anderen Teils des Parlaments, nämlich der Opposition. Deshalb gibt es keine Waffengleichheit.

Wir alle wissen, daß es unheimlich schwierig ist, das,

(D)

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

was wir hier tun, den Bürgern klar zu machen. Sie können verstehen, wenn es in Bonn eine klare Position zu der Frage "Mehrwertsteuererhöhung ja oder nein" oder "§ 218 - Fristenregelung oder eine andere Lösung" gibt. Aber das, was wir hier zelebrieren, die Produktionsmethoden in der Vorstellung eines modernen Staates darzustellen, ist schwierig. Das Land ist im Grunde ein Unternehmen, das politische Verwaltung und weniger Gesetzgebung darstellt. Das ist draußen sehr schwierig darzustellen. Die Erklärungs-Rituale, die wir uns in SAT 1, im WDR oder hier leisten, können nicht verstanden werden.

Deswegen müssen wir darüber nachdenken, wie wir Öffentlichkeit herstellen können. Wir jedenfalls wollen das erreichen.

Ich wäre dankbar, wenn wir uns, nachdem wir den Haushalt des Ministerpräsidenten abgelehnt haben, einmal zu einem vernünftigen Gespräch zusammenfinden würden, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir dieses Parlament gegenüber der Öffentlichkeit attraktiv präsentieren können: mit Waffengleichheit zwischen Opposition auf der einen Seite und Regierung und Regierungsfraktion auf der anderen Seite, mit einem Disput über Fakten, weniger mit Polemik.

(B)

Deswegen sage ich noch einmal: Es ist gut, wenn man abends zusammensitzt und vernünftig miteinander redet. Mir wäre es aber lieber, wir würden hier im Landtag gemeinsam zu einer Form der Diskussion und des Disputs finden, die es uns ermöglicht, dem Bürger klar zu machen, daß es hier um sachliche Auseinandersetzung zum Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen geht. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Büssow das Wort.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Die GRÜNEN sind erst dran! Reden die GRÜNEN nicht? - Widerspruch bei den Oppositionsparteien - Abgeordneter Büssow [SPD]: Wir sprechen immer zuletzt! Ihr stellt doch die Anträge!

(C)

- Zurufe von den Oppositionsparteien - Abgeordneter Hardt [CDU]: Das ist ja eine Unverschämtheit!

- Bei mir hier ist das so angekommen.

(Weitere Zurufe von allen Fraktionen)

Also, Herr Büssow möchte nicht. Dann liegt mir als nächste Wortmeldung die von Herrn Abgeordneten Dr. Busch von der Fraktion DIE GRÜNEN vor.

**Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE):** Herr Büssow, welche Ehre für mich, daß Sie meinen Beitrag erst abwarten wollen, bevor Sie hier an das Pult gehen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Die SPD hat verzichtet!)

- Herr Hardt, lassen Sie es einmal so stehen. Ich finde es auch interessant, aber ich werde ja auch einige Fragen in Richtung SPD stellen, auf die Herr Büssow dann gern antworten kann.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Hier geht es um die Kontrolle der Regierung und nicht darum, daß die SPD nachkartet!)

(D)

Es würde mich natürlich sehr reizen, mit Herrn Rohde jetzt philosophische Untiefen auszuloten oder ins allzu Menschliche abzugleiten. Der Unterschied zwischen Herrn Rohde und mir ist nur, daß ich ein Manuskript dabei habe und mir vorher überlegt habe, was ich sagen will

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Büssow [SPD]: Wie furchtbar! - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Dadurch wird es nicht besser!)

und ich so natürlich unter einem gewissen Zwang stehe, das auch abzuarbeiten. Ich glaube, ehrlich gesagt, auch, daß dem Parlament mehr damit gedient ist, etwas Überlegtes vorgetragen zu bekommen, auch wenn es Ihnen vielleicht im einzelnen nicht gefällt, als hier so herumzuerzählen und zu meinen, damit könnten wir mehr Öffentlichkeit erzielen.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte also auf den Ernst der Lage zurückkommen. Herr Farthmann, Sie hatten ja wirklich den richtigen Riecher. Sie haben es nämlich lange vor dem 8. Dezember offen ausgesprochen, als Sie sagten, die große Feier zu 25 Jahren SPD-Regierung könnte bei vielen Menschen so ankommen, daß sie meinten, 25 Jahre seien genug. - Genau das ist eingetreten. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sagen: 25 Jahre sind genug. Und sie haben auch allen Grund dazu; das will ich gleich im einzelnen erläutern.

Aber der Fairneß halber sollte man zunächst einmal festhalten, daß nur elf Jahre davon von der SPD allein zu verantworten sind; in den ersten 14 Jahren war die F.D.P. das Zünglein an der Waage.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Riemer [F.D.P.] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Vor diesem Hintergrund ist es wirklich abenteuerlich, daß die F.D.P. ein Filztaschentuch mit den 25 SPD-Funktionären verteilt, die über die Parteischiene in gut dotierte Ämter gerutscht sind, und nicht erwähnt, wie viele F.D.P.- und wie viele CDU-Funktionäre in die gleichen Positionen gerutscht sind.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern scheint die Heuchelei wirklich grenzenlos zu sein.

Ich finde, wir sollten nicht päpstlicher sein als der Papst. Die Besetzung eines Leitungspostens mit einem Parteifunktionär ist nicht per se verwerflich. Verwerflich wird es, wenn dabei qualifiziertere Bewerber/innen ausgegrenzt werden bzw. wenn es bei den vorgeschlagenen Parteifunktionären an der notwendigen Qualifikation mangelt. Das ist doch das Problem, und das ist auch der Vorwurf an Ministerpräsident Rau, weil er seine damalige linke Hand, Herrn Leister, auf einen Vorstandsposten bei der Westdeutschen Landesbank weglokte.

Leister mußte nämlich damals, und zwar erst nach heftigen öffentlichen Protesten, seine Lehrzeit nachholen, bevor er in diesen Vorstand der WestLB aufrück-

ken konnte. Leister wurde damit zum teuersten Banklehrling der Bundesrepublik! Er bekam zu dieser Zeit bereits die vollen Bezüge eines Vorstandsmitglieds. Das ist Filz, das werfen wir der SPD vor.

Man muß allerdings zugeben, daß das nicht die ganze Wahrheit über die SPD in Nordrhein-Westfalen ist. Die SPD ist vor 25 Jahren mit dem Anspruch der Erneuerung angetreten. Sie hat unbestreitbar einiges in Bewegung gebracht. Aber das liegt eben lange zurück. Heute kann die SPD auf keinem Politikfeld mehr reformerische Ansätze vorweisen, schon gar nicht, wenn diese Geld kosten. Das hat unsere grüne Analyse des Haushalts eindeutig ergeben. Ich will schlaglichtartig einige Punkte nennen.

Die Schulpolitik war eines der Politikfelder, auf dem die SPD die größten Ambitionen hatte. Heute hat sie hier die größten Probleme, weil der Finanzminister die Schulpolitik dominiert und pädagogische Reformansätze von der SPD-Basis abgewürgt werden - übrigens mit Hilfe eines Gutachtens, in dem das Gegenteil von dem steht, was sie meinen, herausgelesen zu haben und dann der staunenden Öffentlichkeit verkünden. Das Gutachten stellt fest: Nordrhein-Westfalen tut weitaus weniger zur Ausbildung seiner Kinder als die übrigen Bundesländer. Im Ländervergleich fehlen in Nordrhein-Westfalen rund 17 000 Lehrerinnen und Lehrer. Das ist ein Armutszeugnis für das Land, ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Ausgaben für die Schule sind schließlich Investitionen in die Zukunft unserer Kinder, sind Investitionen auch in die Wirtschaftskraft unseres Landes.

Zweitens! Die SPD beansprucht für sich, das "soziale Gewissen" Nordrhein-Westfalens zu sein. Tatsache ist aber: In der Sozialpolitik herrscht Stillstand. Der Anteil des Sozialhaushalts am Landeshaushalt geht trotz wachsender sozialer Probleme eher noch zurück, als daß er angemessen erhöht wird. Die Mittel zur Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und Armut werden den Problemen nicht annähernd gerecht.

Ich will ein spezielles Beispiel herausgreifen, an dem das besonders deutlich wird: die Wohnungspolitik. Hier brüstet sich die Landesregierung mit Ausgaben von insgesamt 3 Milliarden DM. Schaut man dann aber genauer hin, stellt sich heraus, daß es sich dabei fast ausschließlich um Bundeszuschüsse, um Rück-

(C)

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

flüsse aus früheren Wohnungsbaudarlehen, um Wohnungsgeld oder um Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe handelt. Das heißt, frische Landesmittel gibt es trotz der steigenden Wohnungsnot - in Nordrhein-Westfalen fehlen mindestens 400 000 Wohnungen - beim Wohnungsbau überhaupt nicht. Das heißt im Gegenteil: Der Landeshaushalt wird im Wohnungsbereich sogar entlastet, weil die Abflüsse mit rund 70 Millionen DM niedriger sind als die Rückflüsse und die Bundeszuschüsse. Das muß man sich einmal vorstellen: Der Landeshaushalt entlastet sich im Bereich Wohnungspolitik, obwohl die Wohnungsnot wirklich immer stärker zunimmt.

Ein weiteres Beispiel: die Frauenpolitik! Sie liegt der SPD bekanntlich sehr am Herzen. Schon 1984 hatte sie ihren ersten Frauenbeauftragten benannt. Es war der uns allen bekannte Friedhelm Farthmann.

(Zuruf von der SPD: Davor noch eine!)

Jetzt haben wir immerhin ein Frauenministerium mit einer Mittelausstattung von rund null Prozent des Gesamthaushalts. Um genau zu sein: 0,00024 % des Gesamthaushalts stehen für die Frauenpolitik zur Verfügung. Allerdings hat jetzt der Einzelplan 11, also das Frauenministerium, beachtliche Steigerungsraten aufzuweisen, jedoch ausgehend von einem mikroskopisch niedrigen Niveau.

(B)

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Hoffentlich bezieht sich das nicht auch auf den Redebeitrag!)

In den Frauenhäusern des Landes fehlen nach wie vor über 5 000 Plätze. Von den Frauenberatungsstellen wird nur jede zweite - und auch das noch völlig unzureichend - bezuschußt.

Der aktuelle Fehlbestand bei den Kindergärten beträgt rund 200 000 Plätze. Das heißt, wenn tatsächlich so viele Kindergartenplätze geschaffen würden, wie sie hier überwiegend auf Kosten der Kommunen auch versprochen sind, dann bewegt sich diese Zunahme - also die versprochene; ob die tatsächliche, das wollen wir einmal sehen -, bewegt sich der versprochene Zusatz in der gleichen Größenordnung wie die Zunahme der Kinderzahl. Im Endergebnis werden wir 1995

(C)

wahrscheinlich ein genauso großes Defizit wie 1990 haben.

Ich denke, angesichts dieser Zahlen muß man nüchtern feststellen, daß es eine Kindergartenreform in diesem Sinne überhaupt nicht gegeben hat und auch nicht gibt. Die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf ist durch dieses neue Kindertagesstättengesetz in weite Ferne gerückt.

(Beifall der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Nächster Punkt! Mit dem Versprechen der ökologischen Erneuerung haben Sie in zwei Landtagswahlen, 1985 und 1990, die Wählerinnen und Wähler geködert. Sie wollten - so haben Sie damals versprochen - nicht über Umweltschutz nur reden, sondern wollten auch handeln. Sie haben auch gehandelt, allerdings anders als versprochen. Sie haben nämlich die Umweltausgaben im Landeshaushalt kontinuierlich heruntergekürzt, also nicht zugunsten einer ökologischen Erneuerung erhöht. Sie haben die Mittel vielmehr drastisch zusammengestrichen, nämlich von einem Anteil am Landeshaushalt 1986 von 2,2 % auf einen solchen von 1,3 % im Jahre 1992. Das ist - übrigens auch in absoluten Zahlen - weniger für die Umwelt als je zuvor.

(D)

Ich denke, diese wenigen Beispiele belegen, wie sehr alle wichtigen Reformansätze, die in der SPD-Basis durchaus auch Rückhalt hatten - vielleicht sogar noch haben -, von dieser Landesregierung ausgebremst worden sind, und zwar vor allem mit dem Argument, die Kassen seien leer. Da muß es natürlich erstaunen, daß wir in der Landeskasse 1992 weitaus mehr Geld haben als je zuvor. Darin liegt doch ein gewisser Widerspruch.

Sie behaupten dann permanent, die Kosten der deutschen Vereinigung hätten den Finanzierungsspielraum auf null gebracht.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Diese Behauptung ist überhaupt nicht plausibel. In der ersten Lesung haben wir Ihnen vorgerechnet, daß die Kosten für Nordrhein-Westfalen sich auf 1,2 Milliarden DM für 1992 beziffern lassen. Jetzt gibt es eine

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

neue Untersuchung des Bundes der Steuerzahler, die im November veröffentlicht worden ist. Sie beziffert den Beitrag der westdeutschen Länder - und Gemeinden! - auf insgesamt 3,2 Milliarden DM, also für Länder und Gemeinden zusammen. Wenn man das auf den Teil herunterrechnet, der auf Nordrhein-Westfalen, und zwar auf die Landesregierung, entfällt, dann kommt man vielleicht auf maximal 500 Millionen DM. Damit wird die Zahl, mit der unser Finanzminister ständig hausieren geht, 6 Milliarden DM, eindeutig in das Reich der Fabeln verwiesen. Diese Zahl 6 Milliarden DM ist so abwegig, daß sich die Balken biegen.

Befindet sich der Landeshaushalt wirklich - ich zitiere - "im Würgegriff der Zinsausgaben", wie der Bund der Steuerzahler gestern verlautbaren ließ? Also, gemacht, gemacht! Da sind den Herren vom Bund der Steuerzahler doch etwas die Pferde durchgegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.] )

Tatsächlich gehen rund 10 % der laufenden Staatseinnahmen für die Zinslasten drauf. Das ist sicherlich ein sehr unerfreulicher Tatbestand. Mit diesen Problemen schlagen sich allerdings alle Regierungen herum: Landesregierung, Bundesregierung, In- und Ausland. Da unterscheiden sich die Landesregierungen und die Bundesregierungen auch nicht dadurch, daß sie SPD-, CDU- oder wie auch immer geführt sind. Ich meine, wir sollten hier weniger auf die Prozentzahlen starren als auf den Zweck, für den diese Mittel eingesetzt werden.

Ausgaben beispielsweise für ein leistungsfähiges Schulsystem sind aus meiner Sicht notwendige investive Maßnahmen. Und angesichts der 10 % bis 20 % des Sozialprodukts, die alljährlich für die ökologischen und sozialen Folgekosten unserer Wirtschaftsweise aufgebracht werden müssen, kann sich rechtzeitige Umweltvorsorge sehr wohl rechnen und auch eine maßvolle Schuldenaufnahme rechtfertigen, übrigens auch nach herrschender Lehrmeinung in der Wirtschaftswissenschaft. Also ich denke, Panikmache gilt hier nicht.

Das dritte Argument, die Personalkosten, taugt ebenfalls nicht viel. Was ist denn eigentlich aufregend an

einem Personalkostenanteil von rund 39 %? Der Finanzminister ist leider gerade nicht da; ich würde ihn wirklich gern einmal fragen, was das soll. Schließlich ist das Land doch verantwortlich für die Schulen, die Hochschulen, die Polizei, die Gerichte, die Finanzverwaltung usw. Das sind alles anerkanntermaßen notwendigerweise personalintensive Bereiche. Das Argument wäre also nur dann durchschlagend, wenn dieser Personalkostenanteil tatsächlich, also deutlich und bedrohlich, ansteigen würde.

Ich habe mir die Zahlen einmal angeschaut. Genau das Gegenteil ist der Fall. 1981, also vor zehn Jahren, betrug der Anteil der Personalkosten 39,9 %. 1983 betrug dieser Anteil 40,3 %. 1992 sind es 39,7 %. Wo ist den da der bedrohliche Anstieg der Personalkosten? - Quatsch! Gibt es nicht!

Der vermeintliche Personalkostenanstieg, die Personalkostenexplosion findet nämlich nur in den veröffentlichten Planungszahlen des Finanzministers statt. Ich zeige es Ihnen an den Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 1987, ausgerechnet für 1991, auf: Ende 1987 wurde für 1991 ein Personalkostenanteil von 41,3 % prognostiziert. Tatsächlich liegt jetzt ausweislich des Finanzplanes 1992 dieser Anteil nicht bei 41,3 %, sondern tatsächlich bei 38,5 %. Erstaunliche Differenz!

Jetzt spielt der Finanzminister das gleiche Spielchen für die Finanzplanung 1993 bis 1995. Der Personalkostenanteil soll nämlich nun von 38,5 % im Jahre 1991 auf 41,6 % bis 1995 steigen. Das erinnert mich sehr stark an die Energieprognosen der 70er Jahre, die auch immer völlig danebenlagen, man aber trotzdem jahrelang mit diesem Argument Politik gemacht hat.

Ich denke, dieses durchsichtige Manöver zielt einzig und allein darauf ab, die Beschäftigten des Landes einzuschüchtern und die berechtigten Personalanforderungen, die aus der Bevölkerung von den Bürgerinnen und Bürgern kommen, die durch Leistungskürzungen betroffen sind, als scheinbar unbezahlbar zurückzudrängen. Also, die Argumente, die hier immer vorgebracht werden, wie "leere Kassen", können nicht überzeugen; es sind Totschlagargumente gegen berechnete Reformforderungen.

(C)

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Vielleicht sollte man an dieser Stelle auch noch einmal die Zahlen nennen: Der Zuwachs an Steuereinnahmen im Jahre 1992 mit 3,66 Milliarden DM ist um 1 Milliarde DM größer als der Zuwachs an Personal- und Zinskosten. Die Reformen scheitern also tatsächlich nicht an den Kosten der Deutschen Einheit oder anderen angeblich unvermeidlichen Belastungen des Landeshaushalts, sondern daran, daß Milliarden an Steuergeldern unnütz vergeudet werden. Ich will Ihnen einige Beispiele nennen:

750 Millionen DM pro Jahr für Neubau und Erweiterung von Straßen, obwohl auch diese 750 Millionen DM pro Jahr den Verkehrsinfarkt nicht verhindern können, sondern nur noch mehr Autos auf die Straßen locken.

1,8 Milliarden DM für direkte und indirekte Unternehmenssubventionierung. Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer hat das so formuliert: Jeder Unternehmer nimmt Geschenke wie jeder normale Mensch auch gerne an. Er muß dies sogar tun wegen der Konkurrenzsituation. Gehen Sie davon aus, der Mitnahmeeffekt ist der Haupteffekt. Herr Einert ist leider bei dieser Debatte auch nicht da. Ich denke, es ist deutlich, daß wir GRÜNEN mit dieser Kritik an der Wirtschaftsförderung nicht allein dastehen.

Sie vergeuden nicht nur Steuergeldern, sondern Sie lassen auch Geld auf der Straße liegen. Die Steuerrückstände in Nordrhein-Westfalen betragen zur Zeit 1,4 Milliarden DM; die jährlichen Steuerausfälle aufgrund ungenügender Betriebsprüfungen werden auf zweistellige Milliardenbeträge geschätzt. Sie könnten Umweltabgaben einführen, so wie andere Bundesländer es Ihnen vorgemacht haben, z.B. Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Berlin, Hamburg. Diese Länder haben alle schon Umweltabgaben eingeführt; nur wir in Nordrhein-Westfalen sind wieder "Spitze", wenn man die Tabelle von unten liest.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Da liegt das Saarland noch vor NRW!)

Insgesamt liegen die kurzfristigen Finanzierungsspielräume im Landeshaushalt bei mindestens 3,5 Milliarden DM. Diese Spielräume wollen Sie nicht nutzen, weil Sie den Konflikt mit den Unternehmen scheuen.

(C)

Das läßt sich übrigens auch an anderen Beispielen verdeutlichen. Sie haben die Gewerbeaufsicht personell so ausgedünnt, daß sie zu einer wirksamen Kontrolle der Betriebe nicht in der Lage ist. Jeder ausgebildete Gewerbeaufsichtsbeamte muß über 500 Betriebe kontrollieren; das ist absurd.

Unser Finanzminister will jetzt auch noch die Erbschaftssteuer abschaffen, eine mit 750 Millionen DM im Jahr ganz wichtige und in Zukunft steigende Einnahmequelle - offenbar im vorseilenden Gehorsam gegenüber der Unternehmerlobby.

Ich habe den Eindruck, daß die SPD-Minister den Vorwurf der Wirtschaftsfeindlichkeit, der der SPD aus den 60er und 70er Jahren nachhängt, besonders fürchten. Deshalb tabuisieren Sie alle Maßnahmen, die die Unternehmen in die ökologische und soziale Verantwortung und natürlich auch in finanzieller Hinsicht zwingen könnten.

Nein, ich denke, wer so wissentlich und willentlich auf mögliche Einnahmen verzichtet, der hat das Recht verspielt, von Finanznot zu reden. Sie betreiben hier systematisch Desinformation, um die wirklichen Alternativen zu vernebeln.

Exemplarisch möchte ich das an dem sogenannten Handlungsrahmen für die Kohleregion aufzeigen. Das ist wirklich ein tolles Gaunerstück.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Dr. Busch, Sie müssen allerdings - -

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Ja, ich komme zum Schluß. - Da werden im Eilverfahren via Ergänzungsvorlage 183 Millionen DM zusammengekratzt für eine Aufgabe, die doch seit Jahren bekannt ist. Dabei wissen Sie überhaupt noch nicht, wozu Sie das Geld verwenden wollen. Das ist vollendete Konzeptionslosigkeit, die sich in Aktionismus kleidet. Und zusammengekratzt - das ist mein letzter Satz - wird das Geld aus anderen Haushaltstiteln, die für die gleiche Aufgabe bereitstehen, nämlich Altlastensanierung - allein 120 Millionen DM Altlastensanierung haben Sie gestrichen, um das Geld dann für diesen Handlungsrahmen Kohleregionen zur

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Verfügung zu stellen -, Mittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, Mittel zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, Mittel zur Förderung der rationellen Energienutzung: überall das haben Sie gespart, um Ihren Handlungsrahmen zu finanzieren. Sie wirtschaften von der einen Tasche in die andere, ohne daß sich real dabei irgendetwas ändert. Das ganze nennen Sie dann hochtrabend "Handlungsrahmen".

Ich denke, dieser Handlungsrahmen steht exemplarisch für Arbeitsweise der Landesregierung, nämlich Etikettenschwindel statt Information, Aktionismus und Konzeptionslosigkeit anstelle von durchdachten Problemlösungen, intellektueller Tiefflug anstelle von kreativen Ideen. Wir GRÜNEN meinen: 25 Jahre sind genug! - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

**Präsidentin Friebe:** Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt das Wort Herrn Abgeordneten Büssow.

(B) **Abgeordneter Büssow (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Busch, was von Ihrer Rede übriggeblieben ist - es war ja ein typischer Ausschußbeitrag, den Sie hier geleistet haben -, das war die Geschichte mit dem Gaunerstück. Da wurden auf einmal alle wach: Was meint er eigentlich mit dem Gaunerstück? Es ist eigentlich eine Unverschämtheit, daß Sie das, was das Land hier für die Kohleregionen zur Verfügung stellt, für die Menschen, die doch darauf hoffen, daß sie mit diesen Landesmitteln - auf mittlere Sicht 1 Milliarde DM und im nächsten Jahr 150 Millionen DM als Anfang - eine neue Perspektive bekommen, ein Gaunerstück nennen. Das muß man bekanntmachen, Herr Busch.

(Zustimmung bei der SPD)

Frau Hieronymi von der CDU-Fraktion hat nun den Bogen von der Europapolitik bis zum Europäischen Medieninstitut geschlagen. Das erste Thema können wir ja zum Glück in diesem Landtag in vielen Fragen konsensual diskutieren. Ich fand auch ganz interes-

(C)

sant, wie der Bundeskanzler gelobt wurde. Vielleicht haben wir ja Gelegenheit, die Ergebnisse von Maastricht einmal zu analysieren und genauer daraufhin anzusehen, ob das Lob noch bestehen bleiben kann. Aber es schon richtig: In der Europapolitik sind die Parteien hier im Landtag nicht so weit auseinander, und das ist auch gut so, wenn es um die Interessen Nordrhein-Westfalens geht.

Im Zusammenhang mit der Kompetenzzuweisung der Länderparlamente ist für alle Parteien die Bildung eines Kulturausschusses im Bundestag interessant. Auch die CDU hat nicht dagegen gestimmt. Ich dachte im Umkehrschluß, daß es vielleicht, da das Land Nordrhein-Westfalen ja auch auswärtige Beziehungen unterhält, angemessen wäre, einen Auswärtigen Ausschuß oder einen Ausschuß für auswärtige Politik des Landes Nordrhein-Westfalen zu bilden, wenn sich der Bundestag einen Ausschuß für Kulturfragen leisten kann.

Frau Hieronymi, Sie haben in Ihrem Beitrag moniert, daß sechs Stellen zuviel seien. Eine Stelle davon ist beispielsweise für Aufgaben im Zusammenhang mit der Verlagerung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin vorgesehen. Drei der Stellen sind Fahrerstellen. Im Hauptausschuß haben Sie ja auch große Schwierigkeiten gehabt, die Stellenanforderung der Staatskanzlei als ungerechtfertigt darzustellen. Im Grunde genommen gab es gar keine Gegenargumente von Ihnen. Man hätte höchstens fragen können, ob es diese Stellen nicht woanders gegeben hat. Aber das hat die Staatskanzlei verneint.

(D)

Sie kritisieren die Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen. Sie stehen zum dualen Rundfunksystem. Aber da, wo wir in Nordrhein-Westfalen erfolgreich sind, wo wir uns von anderen Bundesländern erheblich unterscheiden, zum Beispiel in der Filmförderungs politik oder in der Ansiedlungspolitik, beim Nordrhein-Westfalen-Festival, überall da, wo wir erfolgreich sind, wo die Mittel, die wir für diese Medienaufgaben bereitstellen, sozusagen investiven Charakter haben, da wollen Sie sie streichen. Da muß man sagen: Sie sind eigentlich gar nicht daran interessiert, daß es auf diesen Feldern Erfolge gibt, weil das eine sozialdemokratische Landesregierung tut.

Nehmen Sie das Medienforum in Bayern, das am

(A) (Büssow [SPD])

18. Oktober zum fünften Mal stattgefunden hat. Es war eines der größten Medienforen in der Bundesrepublik. Das ist es jetzt nicht mehr. Jetzt ist von den Themen her das in Köln das interessanteste, auch schon im letzten Jahr - so von der Presse berichtet. Zum Beispiel hat die "Süddeutsche Zeitung" über die Veranstaltung in Bayern geschrieben: "Auf dem Weg nach Protz 24 verschiedene Lacksorten". Das war die Überschrift in der "Süddeutschen Zeitung". Und die "Bayerische Staatszeitung" überschrieb die Sache so: "Medienmuster mit Webfehlern". Selbst die Leute in Bayern fanden also ihre eigene Veranstaltung nicht geglückt. Unsere hier glücken mit einem ganz geringen Aufwand.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Eine Million DM!)

- Ja, eine Million DM! Mit einem geringen Aufwand! Leider gehört es zu dieser Branche, daß sie sich auch darstellen muß. Dadurch entsteht ja auch das entsprechende Klima, durch das Firmen auch nach Nordrhein-Westfalen kommen.

So ist es auch bei der Filmstiftung. Sie wollen die Mittel für die Filmstiftung kürzen.

(B) (Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

- 2,8 Millionen DM wollen Sie bei der Filmstiftung kürzen. Die GRÜNEN wollen 10 Millionen DM kürzen, obwohl sie genau wissen, daß diese 10 Millionen DM dann verloren gehen, weil es nämlich eine Komplementärbeziehung zwischen den Mitteln des Landes und den Mittel der LfR oder den Gebührenzahlernmittel gibt, und nur damit kann man wirklich große Produktionen in Nordrhein-Westfalen fördern. Das wollen wir ja auch, damit wir nicht nur ein Werbemarkt, sondern auch ein Produktionsmarkt sind. Diese Politik ist richtig.

Herr Dorn hat im Kulturausschuß, wo es eine Diskussion über die Stiftung gab, gesagt: Wir von der F.D.P. können den Weg der Landesregierung auf diesem Gebiet nicht mitgehen. Das haben Sie gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.]

- Ja, ja, ist gut. Und dann haben Sie gesagt: Wo

(C)

bleiben denn diese hervorragenden Leute mit Intendantenniveau, die diese Stiftung führen? In der selben Sitzung wurde gesagt,

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Das hat der Ministerpräsident vor neun Monaten angekündigt!)

daß zum Glück Herr Kosslick als Leiter der Stiftung gewonnen werden konnte. Er hat dieses Niveau und ist in allen Fachkreisen anerkannt. Die Stiftung verdient es - Herr Dorn, deshalb spreche ich Sie besonders an -, daß sie Unterstützung bekommt, daß für die Künstler, die Filmemacher, die Autoren, die Regisseure, die Hörspielautoren eine Basis geschaffen wird, in Nordrhein-Westfalen zu arbeiten. Ich möchte hinzufügen: Es wäre schade, wenn Sie diesen Weg nicht mit uns zusammen gehen könnten. Aber wenn das Ihre abschließende Haltung ist, dann müssen wir ihn eben allein gehen.

Hier sind also verschiedene Politikbereiche aufgeführt worden, bei denen wir erfolgreich sind, wo aber die CDU diese Politik nicht mittragen will. Gut, wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Schade ist es trotzdem.

Zu den Ausführungen von Achim Rohde, dem Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion, möchte ich auch einige Bemerkungen machen, weil wir in der letzten Sitzung des Hauptausschusses unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine ähnliche Debatte geführt haben. Es ging um die Frage: Wie stellt sich eigentlich die Opposition in unserer Öffentlichkeit dar, die wir in Nordrhein-Westfalen haben? Ich bemerke in der Medienpolitik - auch wenn ich die Alternativen nicht teile -, daß hier und da doch einmal Änderungsvorstellungen der Opposition vorhanden sind. Diese dringen aber überhaupt nicht in die Öffentlichkeit. Darüber schreibt auch niemand.

(D)

Das meinte der Fraktionsvorsitzende der SPD dieser Tage, als er sagte: Wenn wir uns nur noch auf der personellen Ebene, auf der Ebene von Personalien äußern - beispielsweise Filz-Debatten oder so -, dann zieht uns dieses Diskursniveau mit herunter, uns, die SPD, weil es keine richtige Herausforderung ist; es findet gar kein Diskurs statt. Wir haben keine Diskurs-Kultur in diesem Lande, weil es dafür keine

(A) (Büssow [SPD])

Öffentlichkeit gibt.

Da muß ich auch sagen - das ist so, da muß man der Opposition recht geben, da muß man Friedhelm Farthmann recht geben -, wir haben eine Situation, daß die Opposition, wenn sie einen Vorschlag macht, in der Presse so gut wie nicht gehört wird. Wir haben die Regierung, den ersten Sprecher der SPD vielleicht noch, dann kommt noch der erste Sprecher der Opposition - aber viel erfolgreicher ist man ja, wenn man Politiker persönlich angeht, wenn man Filztücher schneidet und sie auslegt; damit bekommen Sie Schlagzeilen in diesem Lande, und das lernt man als Opposition dann auch. Man lebt ja von der Öffentlichkeit, also versteigt man sich auf dieses Feld und macht die entsprechende Politik. Das ist doch relativ traurig, weil die Probleme und die Themen in diesem Lande doch wichtig genug sind.

Mir sitzt gerade Frau Höhn gegenüber und nickt. Ich muß Ihnen sagen, als wir von Skopje zurückkamen, das hat mich tief beeindruckt: Wir kommen von Skopje zurück und bringen noch sehr interessante Eindrücke mit, sechs Parlamentarier aus unterschiedlichen Fraktionen

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Es waren sieben!)

(B)

- der siebte war nicht offiziell dabei, der Roland Appel -, also sieben Parlamentarier kommen zurück mit unterschiedlichen Wahrnehmungen, weil sie unterschiedliche Ausgangspositionen hatten, und wollen nun darstellen, was sie dort erlebt haben, und machen eine Pressekonferenz. Da sitzen drei Leute! Dieses Thema hat die nordrhein-westfälische Öffentlichkeit, ich weiß nicht, acht Wochen, sechs Monate beschäftigt, von oben bis unten. Da kommen die zurück, und es interessiert überhaupt keinen mehr.

Das ist schon richtig, wenn Achim Rohde sagt, daß der öffentliche Diskurs gerade in Nordrhein-Westfalen äußerst schwer zu führen ist. Vielleicht ist das ein Gespräch, das man einmal mit den Verlagschefs führen muß, ob sie statt der 30 Zeilen, die sie zur Berichterstattung zur Verfügung stellen, einfach wie andere Zeitungen - die Süddeutsche zum Beispiel oder auch die Frankfurter Rundschau oder die Hannoverische Allgemeine - vielleicht einmal 60 oder auch 80

Zeilen zur Verfügung stellen. Dann könnte man vielleicht auch mal differenziertere Positionen wahrnehmen; denn der Öffentlichkeit ist nicht klar, wo die Unterschiede liegen.

Vizepräsident Dr. Klose: Einige schreiben darüber und waren bei der Pressekonferenz gar nicht da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abgeordneter Büssow (SPD): Wir können uns in der Debatte gegenseitig verstärken. Das ist schon ein Phänomen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Er war einer der sieben, das ist völlig richtig.

Meine Damen und Herren, Friedhelm Farthmann hat es so gesagt: Die Opposition zieht uns auf ein seichtes Niveau herunter. Ich drücke es einmal so aus: Der Thoma von RTL würde jetzt sagen, das ist auch nichts Schlimmes, denn im Seichten kann man nicht ertrinken. Das stimmt - aber erfrischend ist es dann eben auch nicht.

Meine Damen und Herren! Wir sollten versuchen, unsere Auseinandersetzungen, die wir hier führen, unsere Gegensätze weiterzutreiben und auch darzustellen. Wir haben genug Gegensätze. Wir müssen eben überlegen, wie es Formen für das Parlament gibt, Öffentlichkeit zu finden. Das ist für uns natürlich sehr viel schwerer. Wenn die Regierung etwas sagt, das war auch gestern beispielsweise, lese ich in der NRZ: "Clement wegen Roma unter Beschuß" Das ist ein Artikel, den finde ich irgendwie unheimlich stark. Der Minister hat gesprochen - die anderen werden in dieser Zeitung gar nicht mal erwähnt. Die angegriffen haben, die werden erwähnt, aber nicht die, die verteidigt haben. Es wird aber nicht gesagt, worum es eigentlich ging. In dem Artikel kommt gar nicht mehr heraus, daß zum Beispiel der Abgeordnete hinter mir, Herr Präsident Klose, im Grundsatz diese Maßnahme, wenn sie weiterentwickelt wird, in der Pressekonferenz für richtig gehalten hat - nicht dem Anlaß nach, aber dem Grundsatz nach und wenn man es richtig entwickelt. Das geht aus solchen Artikeln nicht

(C)

(D)

(A) (Büssow [SPD])

hervor.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜ-NE])

Ich will sagen: Die Öffentlichkeit ist in diesem Lande nur unzureichend informiert. Das ist schade. Wir von der Politik müssen eben überlegen, wie wir ein Stückchen mehr Öffentlichkeit herstellen können. Daher kam mein Vorschlag, daß die Parlamentstage permanent übertragen werden müssen, um ein Korrektiv für die Öffentlichkeit zu sein gegenüber einer restringierten Berichterstattung in Nordrhein-Westfalen, damit jeder Bürger sich ein Bild machen kann, wie in Amerika bei Senatsausschüssen und bei Debatten - die übrigens auch langweilig sind, aber da gibt es ein Korrektiv, daß die Bürgerinnen und Bürger sich das immer angucken können, wann sie wollen. Das haben wir hier leider nicht. Wir müssen noch einmal mit dem WDR sprechen. Vielleicht kann man auch eine private Firma beauftragen, die das als Video in Permanenz macht, oder Videokünstler. Wir werden sehen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Dammeier [SPD]: Die Rede hatte Unterhaltungswert!)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Dr. Rohde das Wort erteilen.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

- Das steht hier. Wollen Sie sprechen? - Herr Kollege Tschoeltsch, bitte!

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Geburtstage und gerade auch ein Jubiläum sind Anlaß zur Freude. In Ihrer Einladung stand:

Der 8. Dezember 1991 ist ein guter Tag, um fröhlich und guten Mutes miteinander zu feiern. Feiern Sie mit!

(C)

Da haben Sie sicher recht, das bezweifle ich nicht. Aber Jubiläen sind zugleich Anlaß, über negative Entwicklungen nachzudenken, an denen auch Sie mitgewirkt haben. Ich spreche Sie deshalb direkt an; mein Fraktionsvorsitzender Dr. Rohde hat das vorhin in seinem Beitrag auch bereits zur Sprache gebracht.

Ich habe mich dieser Tage einmal mit meinem Kollegen Wolfram Dorn darüber unterhalten, wie früher Haushaltsberatungen stattfanden, und zwar in der Zeit, als wir in der sozial-liberalen Koalition zusammen waren.

(Abgeordneter Rohe [SPD]: Daran kann ich mich noch gut erinnern!)

Da hat mir Wolfram Dorn gesagt: Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Opposition auch in einem bescheidenen Rahmen mitgestalten durfte.

Er hat mir berichtet, daß der finanzpolitische Sprecher der damaligen - und jetzigen - Opposition, der CDU, in den Gesprächen mit den anderen Kollegen gesagt hat: Hier sieht die CDU einen wichtigen Punkt, hier haben wir ein Anliegen. Die CDU hat dann Anträge eingebracht, in denen es zum Teil um ein Finanzvolumen von über 100 Millionen DM ging, und das Parlament der sozialliberalen Koalition hat diesen Anträgen zugestimmt. Damals war die Gestaltungsmöglichkeit der Opposition noch gegeben, wenn auch in bescheidenem Rahmen.

(D)

Heute findet überhaupt nichts mehr statt. Wir können Anträge mit geringem und mit großem Finanzvolumen stellen, es können schlechte sein, es können gute sein - sie werden abgelehnt. Sie werden nicht immer wegen des Inhalts, sondern weil sie von der Opposition kommen, rundweg abgelehnt. Ich zitierte jetzt Wolfram Dorn - das ist der entscheidende Punkt in der Entwicklung der letzten 25 Jahre -:

Nach der absoluten Mehrheit der Sozialdemokraten von 1980 hat sich das politische Klima dramatisch verändert. Die Arroganz der Macht blockiert jede Initiative der Opposition. An dieser Entwicklung ist der Ministerpräsident, Johannes Rau, persönlich schuld.

(Beifall bei der CDU)

(A) (T schoeltsch [F.D.P.]

Ich bitte Sie wirklich, einmal darüber nachzudenken, denn dieses Ritual, das wir bei den Haushaltsberatungen - ich möchte einmal sagen - zelebrieren, das sind doch keine Haushaltsberatungen mehr. Das sind keine Beratungen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Alles was wir vortragen - wir haben unterschiedliche Vorstellungen und kämpfen manchmal um einzelne Haushaltspositionen und Ansätze -, wird kraft der Mehrheit hier im Haus abgelehnt, wobei die Mehrheit ja nur 50 % der Bevölkerung hinter sich weiß. Die anderen 50 % stehen nicht hinter ihr; ein Teil ist zudem nicht zur Wahl gegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

50 % - das ist, ich muß es gestehen, zuviel. Aber Sie sollten doch einmal die Stärke haben, auch die anderen 50 % zu respektieren.

Meine Damen und Herren, noch zwei Punkte, die für uns eine herausragende Bedeutung haben und die man nur bei diesem Haushalt ansprechen kann!

(B) Ich komme auf den Vorgang am 12. November zurück. An diesem Tag tagte die SPD-Fraktion und ging nach Schluß der Beratungen an die Öffentlichkeit, um diese Kürzungsliste als Arbeit der Fraktion zu präsentieren. Es war diese 1 Milliarde-Kürzungsliste, Herr Professor Farthmann, wo Sie vergessen hatten, daß in der Kopfzeile "NRW Finanzministerium" stand.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Nicht vergessen! - Abgeordneter Trinius [SPD]: Nein, nicht vergessen! - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Leider nicht mehr geschafft, sagen wir es so! - Abgeordneter Aigner [SPD] zur F.D.P.-Fraktion: Ihr wißt genau, daß das falsch ist, was Ihr erzählt!)

- Nicht vergessen? - Wunderbar! Herr Ministerpräsident, dann frage ich Sie direkt: Warum hat Ihre Regierung diese Vorlage nur der SPD-Fraktion am 12. November gegeben?

(Abgeordnete Speth [SPD]: Weil sie gefragt

hat!)

Die Abgeordneten der Opposition - CDU, GRÜNE, F.D.P. - haben die Liste am 21. November bekommen.

(Abgeordneter Trinius [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das heißt also: Sie beschneiden die Möglichkeiten der Opposition eklatant.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Ja-wohl!)

Es ist nicht irgendeine nebensächliche, sondern die entscheidende Haushaltsvorlage bei den diesjährigen Haushaltsberatungen. Die SPD-Fraktion kriegt sie am 12. November, die Opposition am 21. Warum behindern Sie uns so in der Arbeit? Warum? Das muß doch nicht sein! Sie hätten uns die Vorlage doch zur gleichen Zeit geben können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Tschoeltsch, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Trinius zulassen? (D)

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Kann ich leider nicht, ich habe nur noch zwei Minuten. Vielleicht beim übernächsten Haushalt.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Darauf könnten Sie von sich aus eingehen!)

Ich komme zum zweiten Punkt.

Bei dem 1 Milliarde-Programm heißt es:

Die Mittel dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagten Mitteln verwendet werden.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen der Opposition und der Mehrheitsfraktion, das heißt im Klartext, daß die Landesregierung in den nächsten Jahren

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.])

ein Finanzvolumen von 1 Milliarde DM nach Gutdünken, völlig losgelöst von den Beschlüssen hier im Parlament, frei verfügbar in alle Haushaltspositionen verschieben kann.

(Widerspruch des Ministerpräsidenten)

- Ja sicher. Ich kann noch einmal zitieren.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Sie haben es falsch verstanden!)

- Nein, nein, ich habe es richtig verstanden. Ich weiß ja, was Sie wollen.

Herr Ministerpräsident, ich habe lange darüber nachgedacht, wie man das bezeichnen kann. Ich habe nur einen Ausdruck gefunden, der durch die Vergangenheit belastet ist, ich nenne ihn trotzdem: Das ist das Ermächtigungsgesetz des Ministerpräsidenten zum NRW-Haushalt 1992 und für die folgenden Jahre. Man kann es nicht anders bezeichnen.

Es ist doch ein Witz: Wir streiten uns in den Beratungen um Haushaltsansätze - über Volumina von einigen 100 000 DM und einigen Millionen DM -, tauschen Argumente aus, versuchen, uns gegenseitig zu überzeugen, und der Ministerpräsident lehnt sich im Sessel zurück und denkt: Laßt die Dummen hier im Parlament sich doch streiten,

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

das interessiert mich überhaupt nicht, ich kann über diesen Haushaltstrick, das Ermächtigungsgesetz, 1 Milliarde frei verfügbar verschieben.

(Widerspruch von der SPD - Minister Schleußer: Das ist doch völlig falsch! - Abgeordneter Trinius [SPD]: Wo ist der Trick?)

- Es ist kein Trick. Wenn er es so macht, ist es ja legal. Tatsache aber ist, daß in den nächsten Jahren 1 Milliarde DM frei verfügbar durch die Landesregierung verschoben werden kann.

(Widerspruch von der SPD - Ministerpräsident Dr. Rau: Nein, Sie haben es nicht verstanden!)

(C)

- Hören Sie doch einmal her! Ich zitiere noch einmal:

Die Mittel dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagten Mitteln verwendet werden.

Das ist der Freibrief, das ist der Blankoscheck am Parlament vorbei!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Abgeordneter Trinius [SPD]: Nein, Unsinn!)

- Herr Trinius, wir alle haben einen Eid geleistet. Wir sind verpflichtet, zum Wohle des Landes zu handeln,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Richtig!)

nicht zum Wohle einer Regierung.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Nein, zum Wohle der Kohleregionen!)

Wenn Sie sich also als Parlamentarier fühlen, Herr Trinius, dann fordere ich Sie auf: Springen Sie über Ihren Schatten! Es kann doch nicht angehen, daß auch Sie einem solchen Ermächtigungsgesetz zustimmen.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist doch kein Ermächtigungsgesetz!)

**Vizepräsident Dr. Klose:** Wer möchte jetzt reden?  
- Als nächste Rednerin ist Frau Höhn an der Reihe. Ich darf Ihnen das Wort für die Fraktion der GRÜNEN erteilen, bitte schön!

**Abgeordnete Höhn (GRÜNE):** Meine Damen und Herren! Ich halte den Begriff "Ermächtigungsgesetz" in diesem Sinne nicht für sinnvoll und auch nicht für richtig; aber der Fakt, den Herr Tschoeltsch eben dargestellt hat, war richtig, und das gilt es auch zu kritisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch eines zu dem "Gauerstück" sagen,

(A) (Höhn [GRÜNE])

das vorhin angesprochen worden ist, und zwar einmal von meinem Kollegen Busch und dann in einer Erwiderung durch Herrn Büssow von der SPD, der nun leider nicht mehr hier ist.

Herr Büssow ist ein sehr guter Medienexperte, aber Herr Busch ist eben auch ein sehr guter Experte des Ruhrgebiets und von Altlasten; darin ist ihm so leicht nichts vorzumachen. Deshalb möchte ich gern noch einmal die Zahlen ansprechen, die er genannt hat: Bei den 120 Millionen, die er zu Altlasten genannt hat, geht es um - ich sage es einmal ganz genau - Einzelplan 20 Seite 30: Titel 821 00 Kennziffer 871 "Erwerb und Nutzbarmachung von Grundstücken zur Strukturförderung im Ruhrgebiet".

Was er damit gemeint hat, ist, daß diese 120 Millionen DM in der Ergänzungsvorlage plötzlich nicht mehr enthalten waren, daß darin ein neuer Punkt auftauchte, unter dem 183 Millionen DM für eine Strukturhilfe für das Ruhrgebiet ausgewiesen wurden, und daß für diesen neuen Punkt auch andere Punkte um 10 Millionen und ebenso andere Zahlen gekürzt worden sind.

(B) Das meint Herr Busch, und das ist ein Gaunerstück. Zu dieser Bezeichnung stehen wir auch. Ich habe Ihnen jetzt einmal erläutert, an welchen Einzelpunkten das festzumachen ist. Die Beschuldigungen, die wir hier nennen, können wir nämlich auch belegen. Es ist manchmal ganz gut, wenn man noch einmal nachliest und auch noch einmal zuhört. - Das zum Gaunerstück!

Aber es sind auch einige ganz gute Sachen von Herrn Büssow gesagt worden. Darauf komme ich noch! - Gestern ist mehrfach von der SPD-Fraktion und der Landesregierung gesagt worden: Diese Opposition hat keine Alternativen. Ich frage mich, wenn ich mir die Haushaltsberatungen ansehe, ob SPD und Landesregierung überhaupt gewillt sind, den Alternativen der Opposition Auge und Ohr zu schenken. Offensichtlich hat die SPD überhaupt kein Interesse, die Alternativen wahrzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sieht man einmal in den Plenardebatten. Das sind natürlich reine "Schaukämpfe". Gut, das muß viel-

(C)

leicht auch so sein. Hier kann man nicht mehr groß Entscheidungen umändern. Aber wenn ich mir die Ausschußsitzungen ansehe, ist das auch ein Trauerspiel, insbesondere bei den Haushaltsberatungen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir am Dienstag diese Ergänzungsvorlage bekommen haben. Das sind satte 226 Seiten. Mittwoch war ein Feiertag, und am Donnerstag tagten dann die Fachausschüsse, in denen wir plötzlich über einen absolut veränderten Haushalt beraten sollten.

An solchen Punkten sieht man, daß offensichtlich überhaupt kein Interesse mehr daran besteht, inhaltlich zu beraten, sondern daß sogar die Formalien nicht mehr eingehalten werden, um diese inhaltliche Beratung in den Ausschüsse überhaupt noch hinbekommen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der Punkt, der geändert werden muß, der auch möglichst im nächsten Jahr geändert werden sollte. In der Tat haben wir Interesse, unsere Alternativen, die wir sehr detailliert aufgeschrieben haben, im Ausschuß ausführlich zu diskutieren und dort im Diskurs der verschiedenen Argumente vielleicht auch die besten Lösungen zu finden. Aber wenn man bei dem Gegenüber merkt, daß die meisten eigentlich nur die Ausschußsitzungen möglichst schnell hinter sich bringen wollen, dann vergeht einem auch die Lust, eine stundenlange Debatte anzufangen.

(D)

(Abgeordneter Kern [SPD]: Sie selbst sind es doch, die abhauen!)

- Nein, nein! So einfach ist das nicht, Herr Kern. Ich sage Ihnen einmal, wie es im Kommunalausschuß gelaufen ist. Da sind einfach die Änderungsanträge der Fraktionen en bloc abgestimmt worden: zupp, weg, und das war's! Und den Anträgen der SPD ist dann en bloc zugestimmt worden. Darüber hat überhaupt keine inhaltliche Debatte mehr stattgefunden.

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

Und das war nicht nur im Kommunalausschuß so, sondern das war auch in anderen Ausschüssen so. Das meine ich damit, wenn es hier heißt: Inhaltliche Debatten werden nicht mehr geführt.

**(A)** (Höhn [GRÜNE])

(Abgeordneter Kern [SPD]: Die wollten Sie ja gar nicht!)

- Sicher wollten wir das!

So, nun noch zu einem inhaltlichen Punkt, der gestern diskutiert worden ist, obwohl er eigentlich hierher gehört: die Entwicklungspolitik, die die CDU hier schon angesprochen hatte. Ich möchte davor warnen, daß eine Verknüpfung zwischen Entwicklungspolitik und der Asylpolitik stattfindet, wie die CDU das hier dargestellt hat. Wer glaubt, in diesem Lande über Entwicklungspolitik Flüchtlingsströme versiegen lassen oder stoppen zu können, der ist auf dem Holzweg. Mit den Mitteln, die wir hier haben, können wir das nicht. Ich möchte das auch einmal an einigen Zahlen verdeutlichen, um klarzumachen, daß hierfür ganz andere Mittel notwendig wären.

Die bisherige Entwicklungspolitik ist nämlich immer nur so vorgegangen, daß ganz konkrete Projekte in den Entwicklungsländern gefördert worden sind, und zwar solche Projekte, die in der Regel den Industrienationen auch noch genutzt haben.

**(B)**

Der zweite Punkt ist, daß sehr viel mehr Finanzen aus den sogenannten Dritte-Welt-Ländern herausgezogen worden sind, als dort hineingebracht worden sind. Das kann man an Zahlen sehr deutlich machen. Die sogenannten Dritte-Welt-Länder haben momentan 1,3 Billion Dollar Schulden. Sie müssen jährlich 160 Milliarden Dollar für Zinsen und Tilgung aufbringen. Auf der anderen Seite ist es aber so, daß die Transferleistungen der Industrienationen, also Kredite zurück und Zuschüsse zurück, weit darunterliegen, so daß wir momentan einen Finanztransfer der sogenannten Dritte-Welt-Länder in die Industrienationen von 50 Milliarden Dollar haben. Praktisch ist es also so, daß die sogenannten Dritte-Welt-Länder die Industrienationen noch mit 50 Milliarden Dollar jedes Jahr subventionieren. Die Entwicklungspolitik geht also in die andere Richtung.

Die Kluft zwischen Arm und Reich verschärft sich zunehmend. Das muß zwangsläufig so sein, wenn man sich die Zahlen ansieht. Wer meint, daß man solche krassen Finanzunterschiede von 50 Milliarden Dollar von den Dritte-Welt-Ländern in die Industrienationen mit 100 Millionen rückläufig stoppen

**(C)**

kann, der ist in der Tat auf dem Holzweg und verkündet hier die falsche Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt sollte noch bedacht werden: Die Idee, daß 100 Millionen DM ein solches Problem lösen können, ist schon absurd. Die zweite Idee aber, daß man durch Mauern Flüchtlingsströme aufhalten kann, ist genauso absurd und hat sich in der Vergangenheit schon viel zu häufig als falsche Theorie herausgestellt. Flüchtlingsströme entwickeln sich ganz anders, als daß man sie durch Mauern stoppen könnte. Wir haben das gerade am Beispiel der deutschen Mauer verfolgen können, die vor einem Jahr zusammengebrochen ist. Mauern stürzen aufgrund von politischen und geschichtlichen Entwicklungen! Menschen lassen sich so nicht aufhalten!

Vielleicht sollten wir alle selbst einmal bedenken, daß wir Nachfahren derer sind, die hier einmal eingewandert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind alle Nachfahren derjenigen, die einmal im Zuge der Völkerwanderungen hierher gekommen sind. Und das waren ja auch nicht die schlechtesten Leute, die sich aufgemacht haben, um in ein anderes Land zu gehen und dort Erkundigungen einzuziehen, wie es dort aussieht.

**(D)**

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Schmidt:** Frau Kollegin Höhn, darf ich Sie unterbrechen! Möchten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Trinius beantworten?

**Abgeordnete Höhn (GRÜNE):** Ich glaube, Ihr Wunsch auf Wortmeldung liegt schon recht lange zurück. Außerdem habe ich auch nur noch zwei Minuten Redezeit. Wir können uns gleich unterhalten; das ist gar kein Problem, Herr Trinius. Dann haben wir genug Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**(A) (Höhn [GRÜNE])**

Was die Entwicklungspolitik anbelangt, so möchte ich die Landesregierung in einem Punkt loben. Sie unterstützt eine Menge kleiner Projekte. Mit einem geringen Mitteleinsatz hat sie viel Erfolg, indem sie sehr effektive kleine Projekte fördert. Das ist ein guter Ansatz.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Richtig.)

Mit diesen Projekten habe ich mich sehr intensiv auseinandergesetzt und sehe Nordrhein-Westfalen in diesem Punkt im Gegensatz zu anderen Bundesländern als beispielhaft an.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Richtig.)

Damit Gelder fließen, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Zu jedem kleinen Projekt gehört eine Initiative in der Bundesrepublik und eine Initiative in dem entsprechenden Dritte-Welt-Land, die sehr gut koordiniert ist. Das ist eine vorbildliche Politik mit diesen geringen Mitteln, die NRW in diesen Bereich betreibt.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

**(B)**

Jürgen Büssow hat vorhin angedeutet, daß es sinnvoll wäre, eine intensive inhaltliche Debatte zu diesem Punkt zu führen. Ich hoffe, daß war das im Unterausschuß Europa- und Entwicklungspolitik machen werden. Auf diese Debatte, die auch absolut notwendig ist, freue ich mich. Ich hoffe dann auch, daß wir - ich bin ja Optimistin - vielleicht im nächsten Jahr zu inhaltlich etwas besseren Debatten kommen als in diesem Jahr und damit vielleicht auch die Opposition die Chance hat, ihre Alternativen besser darstellen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Schmidt:** Schönen Dank, Frau Kollegin Höhn. Für die GRÜNE-Fraktion hatte der Abgeordnete Appel noch um das Wort gebeten. Bitte schön!

**Abgeordneter Appel (GRÜNE):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rohde, das, was Sie

**(C)**

hier heute morgen an "konstruktiver Einleitung" - so will ich das einmal nennen - gebracht haben, führt, wenn Sie Oppositionspolitik weiter so betreiben, dazu, daß es Ihnen nicht gelingen wird - selbst wenn Sie noch so nett sind -, in die nächste sozial-liberale Koalition zu kommen.

Zu Ihrer Filz-Debatte: Ich kann mich erinnern, daß die Sozialdemokraten 1980, als die F.D.P. aus dem Landtag flog, aus Solidarität eine ganze Menge altgedienter F.D.P.-Leute in den verschiedensten Institutionen untergebracht haben. Ich möchte keine Namen nennen; inzwischen sitzen auch wieder welche davon im Landtag. Und da Sie das wissen, sollten Sie mit solchen Filz-Debatten sehr, sehr vorsichtig sein!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Kollege Büssow hat es eben bereits angesprochen, als er von den Medien und der Staatsnähe gewisser Medien redete:

Da es hier sowohl um den Haushalt als auch um die Belange der Staatskanzlei geht, möchte ich Sie über einen Sachverhalt informieren, der mich in der Haushaltsdebatte immer wieder begeistert hat. Es handelt sich hierbei um einen Schutzraumbau für den Westdeutschen Rundfunk, der 1990 mit 759 000 DM und im 92er Haushalt mit einer Million DM veranschlagt worden ist. Im April haben wir von Innenminister Schnoor, der vernünftigerweise eine Anregung der GRÜNEN aufgenommen hat, gehört, daß er sehr gerne aufgrund der internationalen Entspannung den Zivil- und den Selbstschutz im Lande etwas zurückfahren wolle.

Ich vermute, auch aufgrund dessen hat dann die Staatskanzlei im selben Zeitraum beim WDR nachgefragt: Lieber Nowotny wie ist das denn? Braucht Ihr denn noch einen Schutzraum in Wuppertal?

Daraufhin kam dann schon am 25.03. ein Antwortschreiben vom WDR unter der Überschrift "Verschlussache VS - Nur für den Dienstgebrauch". Das kenne ich eigentlich nur von Behörden. Daß das auch im WDR benutzt wird, war mir neu.

Dort schreibt also der Herr Nowotny an den lieben Herrn Clement, daß der Bau des Bunkers eigentlich

**(D)**

**(A)** (Appel [GRÜNE])

notwendig sei, weil man einen Ausweichsitz brauche.

Das finde ich interessant. Herr Matthiesen, der jetzt nicht da ist, müßte auch einmal zuhören: Der WDR braucht jetzt einen Ausweichsitz, weil im Chemiegürtel um Köln einmal etwas passieren könnte. Da könnte es ja einmal zu einer *kleinen* Vergiftung kommen.

Dann weist Herr Nowotny darauf hin, daß die Rundfunkversorgung bei solchen Katastrophen unbedingt gewährleistet sein sollte.

Dazu will ich Ihnen sagen: Ich als geborener Kölner möchte nicht nur, daß der WDR geschützt wird, sondern ich möchte, daß eigentlich ganz Köln und Leverkusen vor solchen Chemiekatastrophen geschützt werden. Deshalb wehre ich mich dagegen, daß exklusiv für den WDR in Wuppertal ein Bunker eingerichtet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was macht nun die Staatskanzlei? - Sie schreibt ungefähr im selben Zeitraum an den Innenminister, daß der WDR seit längerem in einem ehemaligen Luftschutzstollen in Wuppertal einen Ausweichsitz errichten will.

**(B)**

Aufgrund der veränderten abrüstungspolitischen Lage hat der Chef der Staatskanzlei nachgefragt. Der WDR war aber anderer Meinung. Deshalb sind wir auch anderer Meinung und finden den Schutzraumbau dieses Jahr wieder in unserem Haushalt.

Herr Ministerpräsident! Herr Clement! Ich hätte mich wirklich sehr gefreut, wenn Sie nicht nur an die Sicherheit des WDR, sondern in den Umweltgesetzen auch an die Sicherheit von Nordrhein-Westfalen gedacht hätten und ansonsten gesagt hätten, daß die Kosten von insgesamt 3 Millionen DM eingespart und in andere Programme gesteckt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht kommt von Ihnen ja noch ein klares Wort, Herr Ministerpräsident. Auf ein solches warten viele Ihrer Parteifreunde auch in anderen Fragen, z. B. in der Frage der Gemeindereform. Herr Schnoor hätte vielleicht nicht so im Regen gestanden, wenn von

**(C)**

Ihnen frühzeitig in der Frage der Gemeindereform ein klares Wort gekommen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Büssow [SPD]: Ihr wolltet die doch auch nicht!)

Aber Sie haben ja am Wochenende einen Parteitag, auf dem Sie das dann geradeziehen können.

Ich kann mich aber doch nicht zurückhalten, noch einmal ein Wörtchen - das gehört auch zu Ihrem Etat - zu dem sogenannten Reintegrationsprogramm zu sagen. Wir GRÜNEN haben immer deutlich gemacht und bleiben dabei, daß wir nein sagen zu einem Programm, wenn es dazu dient, Abschiebungen zu legitimieren.

Wir haben uns die Umsetzung des Programms bei einer Delegationsreise des Landtages angeschaut und, so glaube ich, haben dabei alle - alle Teilnehmer dieser Delegation - etwas gelernt. Wir haben insbesondere - das möchte ich hier noch einmal betonen - mit Sorge zur Kenntnis genommen - diesen Tatbestand darf man nicht aus den Augen verlieren -, daß die mazedonische Regierung, obwohl sie sich darum bemüht, für die Sicherheit der Roma, die aus Nordrhein-Westfalen dort einreisen, letztlich nicht garantieren kann. Der Informationsminister Mazedoniens, Herr Martin Trenevski, hat unserer Delegation in Gesprächen bestätigt, daß z. B. in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1991 Kommandos der serbisch dominierten Bundesarmee in Skopje und insbesondere im Lager Shutka Zwangsrekrutierungen von jungen Männern unternommen haben. Dieses, so sagte man uns, sei zwar gesetzeswidrig und Unrecht, aber die Regierung habe nicht die Möglichkeit, derartige Provokationen zu verhindern. Daraus ergibt sich auch für Programmteilnehmer meines Erachtens eine Gefährdung.

**(D)**

Meine Damen und Herren, deshalb und auch, weil es im Lager ein Gefälle zwischen denen, die zurückgebracht werden, und denen, die bereits da sind, gibt: Lassen Sie uns bitte das Programm dort als Hilfsprogramm - es wird nicht die Fluchtursachen beseitigen; das glaube ich nicht; aber es ist ein Anfang, es ist ein humanitäres Hilfsprogramm -, als eben ein solches humanitäres Hilfsprogramm weiterführen und

**(A)** (Appel [GRÜNE])

zu einer wirklichen ökonomischen Zusammenarbeit zwischen NRW und Mazedonien im Rahmen von Europa kommen. Und lassen Sie in Gottes Namen diese 3 000 oder 1 500 Menschen - genau ist es nicht zu beziffern, wie viele es sind; wahrscheinlich sind es inzwischen nur noch 1 000 - hier, und lassen Sie uns darüber verhandeln, wie sie über Einzelfallentscheidungen in den Kommunen untergebracht werden können.

Herr Dr. Linssen, das, was Herr Reul hier gestern geboten hat - Ihre Kollegen und Kolleginnen sind ja dabei gewesen -: Ich weiß wirklich nicht mehr, wie ich es bewerten soll! Nur um wieder eine Schlagzeile zu bekommen, um wieder das Wort "Asylmißbrauch" in der Zeitung zu haben, nur deshalb wird es hier wieder hochgezogen. - Wissen Sie, die Stadt Bonn, in der die CDU die Mehrheit hat, die zahlt die Sozialhilfe immer noch bar aus; und davor ziehe ich meinen Hut. Und die Kollegin Limbach, MdB, Ihre Parteifreundin, hat mir gesagt: Jawohl, was Herr Linssen und Herr Reul hier abziehen, das finde ich auch nicht gut. Ich appelliere an Sie: Machen Sie nicht so weiter! Sie betätigen sich hier nur als asyl- und fremdenpolitische Schmutzfinken! Hören Sie endlich auf damit und begreifen Sie, daß dieses Land ein Einwanderungsland ist und daß Sie so mit Menschenrechten nicht weiter umgehen können! - Danke schön.

**(B)**

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Kollege Appel, es trägt sicherlich nicht zur Würde des Parlaments bei, solche Begriffe wie "Schmutzfink" in die Diskussion einzuführen. Ich rüge Sie dafür.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort. Das Wort hat der Abgeordnete Trinius für die SPD-Fraktion.

**Abgeordneter Trinius (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich den Zuruf eben richtig verstanden habe: "Immer noch von der SPD?" - Darauf können Sie sich verlassen; aus guten Gründen, und das wird auch so bleiben!

**(C)**

Hier ist vom "Gauernertrick" und vom "Ermächtigungsgesetz" die Rede gewesen. Jeder politisch aufmerksame Zuhörer denkt sich etwas dabei, wenn er "Ermächtigungsgesetz" hört. 1933 hat Deutschland nach fast unfreien Wahlen ein verhängnisvolles Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Damit wurden die Grundgesetze suspendiert. Damit wurde die Gewaltenteilung aufgehoben. Und auf der Grundlage dieses vermeintlichen Gesetzes wurde eine Diktatur errichtet. - Die anderen sprechen vom "Gauernerstück" oder "Gauernertrick".

Um was geht es in der Sache? - Es hat eine Kohlerunde gegeben. Das Ergebnis der Kohlerunde ist von den Kohleländern und von der IG Bergbau und Energie mitgetragen worden. Aber es ist eine schwere Entscheidung, die dort gefällt worden ist. Wir müssen davon ausgehen, daß bis zu 30 000 Arbeitsplätze im Bergbau bei uns betroffen sein können. Und wir müssen davon ausgehen, daß nach dieser Entscheidung mittelfristig auch etwa 30 000 Arbeitsplätze in den Zulieferindustrien betroffen sein können.

Was haben wir getan? - Wir, die SPD-Fraktion, haben Gespräche mit der Regierung geführt - die Regierungsmitglieder gehören unserer Fraktion an; ich hoffe, das erstaunt niemanden -, wie wir rechtzeitig darauf reagieren und Vorsorge treffen können. Hätten wir eine Koalition, Herr Kollege Tschoeltsch, dann hätten wir mit der die Regierung tragenden Koalition darüber reden müssen. So selbstverständlich sind diese Dinge in einem parlamentarischen Regierungssystem.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben uns dann darüber ausgetauscht. Und deswegen gibt es die Vorlage des Finanzministers, ob sich denn die sozialdemokratische Fraktion, ob sich denn die Sozialdemokraten insgesamt in der Lage sähen, um den betroffenen Kohleregionen zu helfen, an anderen Stellen bis zu 1 Milliarde DM mittelfristig zusammenzusparen und in die Kohleregionen zu übertragen. Das war eine notwendige und eine schwierige Entscheidung. Die Regierung war gut beraten, die Fraktion als ihre politischen Freunde - wie andernfalls die Koalition - zu fragen: Macht ihr das denn auch mit? - Nach etwa zweistündigen Beratungen hat die Fraktion gesagt - egal, aus welchen

**(D)**

(A) (Trinius [SPD])

Regionen die Abgeordneten kamen -: Das ist eine so wichtige Aufgabe und Herausforderung für uns alle, daß wir den Regionen Aachen/Heinsberg, Dortmund/Unna und dem nördlichen Ruhrgebiet, der Emscher-Zone helfen wollen.

Dazu sind wir bereit, und wir werden das auch in unseren Wahlkreisen, die nicht begünstigt werden, sondern vielleicht auf einzelne Programmteile für sich verzichten müssen, als eine notwendige Entscheidung offensiv vertreten.

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Kollege Trinius! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Busch?

**Abgeordneter Trinius (SPD):** Nein. - Dann hat es eine Ergänzungsvorlage der Landesregierung gegeben. Das ist richtig. Die ist dem Landesparlament acht Tage nach dieser Abstimmung zwischen Regierung und Fraktion dann zugestellt worden. Das ist ein völlig legaler Vorgang. Wer jetzt den knappen Zeitraum beklagt und sagt, das sei alles zu eng, den frage ich: Wen hat denn irgend jemand gehindert, im Wirtschaftsausschuß oder in einem anderen Ausschuß zu beantragen, für diese wichtige Aufgabe wollen wir noch eine zusätzliche Beratung haben, und die setzen wir am nächsten oder übernächsten Tag an? Wer hier ernsthaft helfen will - und dazu ist der ganze Landtag aufgefordert -, der kann sich die Beratungszeit schaffen, wenn er es nur will.

(B)

(Glocke des Präsidenten)

Was Sie hier, meine Damen und Herren, als "Ermächtigungsgesetz" oder als ein "Gaunerstück" verdächtigen, war eine notwendige schnelle Entscheidung von Landesregierung und Landesparlament. Diese Entscheidung mußte schnell getroffen werden, und ich glaube, es ist eine gute Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich ein Letztes anfügen. Wenn wir die Beobachtung machen müssen - leider -, daß in den fünf neuen Ländern, insbesondere in Sachsen-Anhalt, ganze Regionen von der Entindustrialisierung betrof-

(C)

fen sein könnten - man muß sich das einmal vorstellen, was das für Bitterfeld und Wolfen oder für Halle/Merseburg und die dort lebenden Menschen heißen könnte -, dann kann ich nur sagen: Wir brauchen auch dort eine im Zusammenwirken von Unternehmen und Gewerkschaften und von Länderparlamenten, Europäischer Gemeinschaft und Bund betriebene Industrie- und Strukturpolitik. Da kann Nordrhein-Westfalen mit seiner frühen und kräftigen Entschlossenheit Vorbild sein. Wir möchten es anderswo genauso haben - und dann getragen von den Parlamenten! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Ich danke dem Abgeordneten Trinius und darf Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort erteilen. Bitte schön.

**Ministerpräsident Dr. Rau:** Mir läge schon daran, Herr Präsident, meine Damen und Herren, daß hier nicht im Raum stehenbleibt, daß sich die Landesregierung haushaltsrechtlicher Tricks bediene. Es ist kein Trick, ein Programm von einer Milliarde DM mit einer ersten Summe von 185 Millionen DM in die Veränderungsnachweisung einzubringen und dann darauf hinzuweisen, daß zur Erfüllung dessen, was dieses Programm will, auch andere Haushaltsmittel herangezogen werden können, wenn sie dem gleichen Zweck dienen.

(D)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Völlig richtig!)

Das heißt, diejenigen, die in den Regionalkonferenzen im Januar ein solches Konzept erarbeiten und vorlegen, die sollen diese Mittel nutzen können nach Maßgabe des Haushaltes und der Entscheidung der Landesregierung, aber sie sollen, wenn es irgend geht, auch andere Mittel - zum Beispiel RESIDER-Mittel, zum Beispiel Mittel, die die Bundesregierung oder die Europäische Gemeinschaft zur Verfügung stellt - hinzufügen können, damit die Wirkung des Programmes nicht nur eine Milliarde DM ist, sondern, wie wir hoffen, das doppelte. Das ist gemeint, und das ist haushaltstechnisch so beschrieben. Der Finanzminister kann es gleich noch einmal erläutern.

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Da wird er aber Schwierigkeiten haben!)

Wer das anders sieht, soll sagen, daß er es anders sieht.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Wer das mittun will, soll sagen, daß er es mittut, aber er soll hier nicht den Eindruck erwecken, als würde mit einem Satz, dessen mehrfaches Vorlesen offenbar auch beim Leser das Verständnis nicht erhöht hat, die Landesregierung gewissermaßen weggehen vom Amtseid, weggehen von ihren Selbstverpflichtungen und von Recht und Gesetz. Davon kann keine Rede sein!

Vizepräsident Schmidt: Herr Ministerpräsident! Gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Busch?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Gerne!)

- Bitte schön.

(B) Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen oder zu akzeptieren, daß es uns ärgert, wenn suggeriert wird, daß mehr Geld für die Kohleregion bereitsteht, obwohl es sich in Wirklichkeit nachweislich nur um eine Umschichtung innerhalb der Mittel, die bereits für das Ruhrgebiet zur Verfügung standen, handelt?

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht wahr!)

Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Kollege Busch! Das ist nicht richtig, und zum Glück ist das nicht richtig. Wie haben wir denn diese 185 Millionen DM zustande gebracht? Wir haben sie zustande gebracht, indem wir in der Erwartung einer solchen kohlepolitischen Entscheidung - wir hätten sie uns noch etwas besser gewünscht, als sie geworden ist - in einem Arbeitskreis "Prüfung der Programmwirklichkeit" über 200 Programme des Landes durchforstet haben

(C) - ich hatte das in der Regierungserklärung am 15. August vergangenen Jahres angekündigt -, und wollen jetzt diese Mittel auf die drei bis vier Regionen konzentrieren. Das ist der Vorgang. Daß das innerhalb des Gesamtvolumens des Haushaltes stattfindet, ist richtig. Aber daß ein erheblicher Teil dieser Mittel für Aufgaben außerhalb dieser vier Problemregionen ausgegeben worden wäre, das ist der Schlüssel zu diesem Programm. Vielleicht wird es verständlich, wenn es realisiert wird, meine Damen und Herren. Darauf hoffe ich.

Ich habe diese Debatte über meinen Einzelplan mit Interesse verfolgt, auch die Diskussionen über politische Kultur, und will dazu gern ein paar Bemerkungen machen.

Sie haben ein Zitat von Friedhelm Farthmann aufgegriffen. "Man muß so feiern, daß nicht die Leute sagen, 25 Jahre sind genug!" Da hat er recht. Deshalb haben wir auch so gefeiert.

Und die meisten, die da waren - nicht alle, aber die meisten -, haben sich mit uns darauf gefreut, daß der Wähler uns erneut sein Vertrauen gibt.

(Beifall bei der SPD)

(D) Das war das Schöne an dem Tag. Nun ist das auch schon wieder ein bißchen ritualisiert. Ich sage das immer, und Sie sagen immer, ich solle mich nicht über den Wähler hinwegsetzen. Das haben wir nun in den Debatten 1979, 1984 und 1989 so gehabt. Also, lassen Sie uns auch diesmal den Wähler sprechen, wenn sein Votum gefragt ist. Dann wird sicher auch über politischen Stil zu reden sein, aber vor allem über Inhalte der Landespolitik.

Herr Kollege Tschoeltsch, Sie haben Wolfram Dorn zitiert. Ich fand das Zitat nicht gerecht. Aber ich füge hinzu: Es hat Phasen der gemeinsamen Regierung von SPD und F.D.P. gegeben, in denen es Verständigungen mit der CDU auch über Haushaltsfragen gegeben hat. Es hat auch Jahre gegeben, in denen es nicht dazu kam. Das hing von den Anträgen ab, von den Schwerpunkten, die in solchen Anträgen zur Sprache gebracht wurden.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Es hing auch

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

von der inneren Bereitschaft der Beteiligten ab!)

- Richtig. Deshalb habe ich gesagt: Es hat solche Phasen gegeben, es hat andere Phasen gegeben. Es hat ja auch die fünf Jahre gegeben, in denen die F.D.P. gar nicht im Landtag gewesen ist.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Das war kein Schaden!)

Auch da gab es klimatische Unterschiede gegenüber heute. Ich will dem im einzelnen nicht nachgehen. Das ist an vielen Stellen geschehen und kann sicherlich wieder aufgegriffen werden.

Was mich an der Debatte dieses Vormittags jenseits der kleinen Punkte - ob wir für Katastrophenfälle einen Bunker brauchen, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk an die Menschen herankommt, ist für mich eine wichtige, aber eine untergeordnete Frage - thematisch bewegt, das ist die Frage, die eigentlich in allen Diskussionsbeiträgen irgendwo angeklungen ist: ob und wie wir da helfen, wo außerhalb unseres Landes Not ist, und wie wir das in ein Verhältnis bringen zu der Daseinsvorsorge, die wir dem Menschen bei uns schulden. Ich glaube, meine Damen und Herren, das wird das Thema der nächsten Monate.

(B)

(Ministerin Brunn: Länger!)

- Mindestens der nächsten Monate! Ich wünschte mir, wir kämen dann zu einem Konsens über die Frage, ob und wie weit ein Land außerhalb seiner Grenzen helfen kann und helfen muß, was da zumutbar, was erträglich, was aber auch unverzichtbar ist. Und ich wünschte, wir würden aus diesen Aktivitäten der Hilfe dann keine politische Keule machen.

(Beifall bei der SPD)

Das hat mit dem Haushalt, auch mit dem des Ministerpräsidenten, zu tun. Ich könnte mir denken, daß ich je nach der Entwicklung in dem bisherigen Jugoslawien oder in der bisherigen Sowjetunion hier noch einmal mit Anfragen an den Landtag herantreten muß.

Gestern hat Herr Reul gesagt, daß wir auf Kosten der Steuerzahler Geld wahllos in Projekte von Afrika bis Weißrußland steckten, ohne daß Sinn und Zweck

sichtbar wäre.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Typisch Reul!)

Heute hat Frau Kollegin Hieronymi gesagt, es sei ein Skandal, daß wir die Mittel für die Hilfe in den osteuropäischen Ländern gekürzt hätten.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Das gehört zusammen! - Gegenrufe von der SPD)

- Das gehört zusammen, ja.

(Zurufe von der SPD: Peinlich, peinlich!)

Wir haben diesen Teil der Mittel gekürzt, weil das gelegentliche Helfen mit Transportkosten bei privaten Organisatoren, die in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien helfen, sich dazu auszuweiten drohte, daß wir ganz unabhängig von den Aktivitäten jeweils die Transportkosten übernehmen. Das kann nicht unser Auftrag sein. Andererseits können wir es oft nicht verantworten, daß da Milchpulver für Rumänien liegt und kein Geld vorhanden ist, es wegzuschicken.

Wir haben die Mittel in diesem Bereich zuerst einmal gekürzt, weil wir uns für den Bereich Transportkosten ein neues System überlegen wollen. Aber ob wir kürzen oder verdoppeln - es wird nicht reichen.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Deshalb brauchen wir ein Konzept!)

Deshalb erarbeiten wir ein solches Konzept,

(Aha! bei der CDU)

und bis dieses Konzept steht, Frau Hieronymi, helfen wir, wo immer das möglich ist, mehr als alle anderen Bundesländer zusammen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Reul [CDU]: Falsch! Das stimmt doch gar nicht!)

Wer sich das im Augenblick ansieht - einige sind ja in der Region Skopje gewesen; ich bin nicht dort gewesen -, wer erlebt, wie viele Menschen dort selbstlosen Einsatz leisten, ohne dafür besoldet zu werden, ohne

(C)

(D)

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

dafür Freizeitausgleich bei ihren Arbeitgebern in Anspruch zu nehmen, der weiß: Wir müssen noch mehr tun, um solche Hilfe effektiv zu machen. Aber wir können es nicht, wenn nicht Bund und Länder sich auf gemeinsame Konzepte verständigen, weil wir sonst wie ein Magnet auf alle Hilfesuchenden wirken

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Aha!)

und weil wir mit unseren Mitteln dem, was es an verständlichen Anforderungen gibt, nicht gerecht werden können.

Das gilt übrigens nicht nur für Osteuropa. Wer sieht, wie wir sehr still, aber hoffentlich effektiv bei Kurden zu helfen versuchen, der wird die Überlegung, daß wir eine solche Beziehung noch etwas enger gestalten, als sie jetzt besteht, gewiß verständlich finden.

Wir wollen auch nicht vergessen, was im eigenen Haus zu tun ist: Hilfe für Brandenburg. Auch da möchten wir gern, daß von Nordrhein-Westfalen ein Stück Signalwirkung ausgeht. Viele in Brandenburg verstehen das. Und viele in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind dankbar für diese Signalwirkung.

(B) Dabei wird das Problem, das gestern Anlaß einer Debatte war, nämlich Roma und Sinti, das nur einer der Punkte ist, an denen sich das Elend in der Welt festmacht - es spiegelt sich dort ja nicht wie in einem Brennspiegel wider; denn es gibt noch viele andere solcher Brennspiegel -, landespolitisch nicht gelöst werden können. Wir haben mit dem Bund und den übrigen Ländern alle Versuche gemacht. Wir haben damals die Chance zu einer Lösung nicht gesehen. Aber wir wollen nun eben nicht die Hände in den Schoß legen, und deshalb machen wir eine neue Flüchtlingspolitik.

Sie fängt erst an, sie hat Schwächen, sie darf nicht auf diese Gruppe, nicht auf dieses Land begrenzt sein. Wir können aber auch nicht anstelle des Bundes und Europas handeln, sondern nur assistieren und helfen. Das wollen wir tun, damit die Glaubwürdigkeit und die Menschlichkeit keinen Schaden nehmen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Für die GRÜNEN-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Busch ums Wort gebeten. Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Ministerpräsident Rau, wir sind uns im Ziel der Stärkung der Kohlereionen einig; darüber sollte nicht einmal im Ansatz ein Dissens unterstellt werden können. Der Grund dafür, daß wir das Ganze "Etikettenschwindel" und "Gaunerstück" genannt haben, liegt darin, daß hier suggeriert wird, die SPD-Landesregierung habe aufgrund der Ergebnisse der Kohlerunde nun zusätzlich etwas für die Kohlereionen unternommen. Das heißt, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Das ist hilfloser Aktionismus, der überhaupt keine wirksamen Maßnahmen zur Folge hat.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Rau, ich gehe davon aus, daß Sie nur das wissen können, was man Ihnen aufgeschrieben hat.

(D)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Eine unverschämte Bemerkung!)

- Ja, Herr Frechen, Sie sind manchmal auch sehr frech. Ich unterstelle einmal, daß der Ministerpräsident dieses Landes keine Zeit hat, 6 000 Seiten Haushalt zu lesen oder sich eigenständig zu erarbeiten. Deswegen kann er - das werfe ich ihm überhaupt nicht vor - nur das wissen, was man ihm aufgeschrieben hat. Aber deswegen haben wir hier im Plenum ja die Möglichkeit, auch solche Dinge einmal zu behandeln. Ich möchte Ihnen einfach einmal vorlesen, weshalb diese Kritik hier so vorgebracht wurde.

Dieses Programm von 1,1 Milliarden DM erstreckt sich über mehrere Jahre; im Jahre 1992 geht es um 183,5 Millionen DM, die Ihrer Ansicht nach zusätzlich bereitgestellt wurden. Jetzt lese ich Ihnen vor, aus welchen Titeln diese 183,5 Millionen DM finanziert werden.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Es geht los mit dem Titel "Erwerb und Nutzbarmachung von Grundstücken zur Strukturförderung im Ruhrgebiet", also in einer Montanregion. Das ist klassische Politik für Montanregionen, und hier werden 120 Millionen DM gekürzt.

Weiter geht es in der Ergänzungsvorlage mit minus 7 Millionen DM für Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms mit der EG zugunsten von Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind. Das sind natürlich die Montanregionen.

Es geht weiter mit einer Kürzung um 8 Millionen DM für Maßnahmen zur Analyse und Bewältigung von Strukturschwächen sowie Modellmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung.

Dann: Zuweisungen und Zuschüsse für Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind - minus 7 Millionen DM.

Zuschüsse zur Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher! Wo finden wir diese in erster Linie? - Natürlich in den Montanregionen. Minus 10 Millionen DM.

(B)

Nächster Posten: Technologieprogramm Energie, gekürzt um 10 Millionen DM. Das Energiezentrum Nordrhein-Westfalens sind die Montanregionen, ist das Ruhrgebiet.

Nächster Punkt: Technologieprogramm Bergbau. Hier wird es vielleicht noch deutlicher. Es handelt sich um das Programm, das zur Förderung der Technologien im Bereich Bergbau zur Verfügung steht. Es wird um 1,5 Millionen DM gekürzt.

Förderung der direkten Kohleverwendung im Wärmemarkt - also unmittelbar auf den Bergbau bezogen -, minus 1 Million DM.

Wenn wir das zusammenzählen, haben wir plus/minus die 183,5 Millionen DM zusammen. Mit anderen Worten: Sie betreiben hier reinen Etikettenschwindel. Im Haushalt werden Mittel, die für die Montanregionen zur Verfügung stehen, für ein neues Programm, das ebenfalls den Montanregionen zur Verfügung

steht, umgeschichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wird keine Mark mehr zur Verfügung gestellt, sondern es werden, wenn man so will, die Betroffenen in den Bergbauregionen verarscht. Das ist unsere Kritik. Das ist Ihre Arbeitsweise. Sie haben hier keine wirksame Aktion vorbereitet, sondern ein Luftschloß aufgebaut. Und wir sollen hier im Landtag einen Blankoscheck für diese Konzeptionslosigkeit unterschreiben? - Nein danke!

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Frechen [SPD]: Was haben Sie für einen Wortschatz!)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Dr. Busch, Sie haben in Ihrer Rede mehrfach Redewendungen benutzt, die geeignet sind, die parlamentarische Ordnung in diesem Hause zu verletzen. Ich rüge Sie wegen der Worte "Gaunerstück" und "verarschen".

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hegemann für die CDU das Wort.

(Zurufe)

(D)

Abgeordneter Hegemann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bekomme gerade zugerufen, welche Worte ich herauslassen muß. Aber ich glaube, selbst bei allem Engagement wären sie wahrscheinlich ohnehin nicht gefallen.

Herr Ministerpräsident, gestern und heute ist oft von Regierungsmitgliedern gesagt worden, wir könnten oder wollten irgend etwas nicht verstehen. Dabei ist stets darauf abgehoben worden, bestimmte Parlamentarier seien nicht in der Lage, das zu verstehen, was sie vordächten.

Nun interpretieren Sie die Reden von Herbert Reul und Ruth Hieronymi völlig falsch:

Erstens haben diese aus einem Bericht des SPD-Bundesvorstandes zitiert, worin die Höhe der Entwicklungsleistungen der einzelnen Länder bekanntgegeben

(A) (Hegemann [CDU])

worden sind. Danach liegt Nordrhein-Westfalen ziemlich weit zurück. Sie können jetzt sagen: Was schert mich ein Papier des SPD-Bundesvorstandes? Wenn Sie es täten, wäre uns ja auch schon weitergeholfen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Genauso ist es. Die Zahlen sind falsch!)

Zweitens! Es ist nie gesagt worden, daß zu wenig Entwicklungshilfe stattfindet. Nur wurde erklärt, sie zu konzentrieren. Wir als Land Nordrhein-Westfalen können ja nicht von Botswana bis Tonga Entwicklungshilfe leisten. Dies übersteigt unsere Möglichkeiten. Deshalb ist von Ruth Hieronymi gefordert worden: Es muß ein Konzept her! Das haben Sie mit großer Entrüstung zurückgewiesen und gesagt: Das ist ungeheuerlich. Wir arbeiten ja bereits an einem Konzept. - Also, wenn Sie an einem Konzept arbeiten, dann darf man dieses doch wohl einfordern.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ist völlig anders!)

- Ich habe Sie so verstanden, es sei ein Konzept, Entwicklungshilfe und Engagement zu konzentrieren, vorhanden.

(B)

(Erneut Widerspruch des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Wir würden uns wünschen, daß die Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland sich insbesondere in den Ländern engagierten, die nahe vor unserer Haustür liegen, in Südost- und Osteuropa. Da werden Sie kein kritisches Wort hören, wenn sich dort jemand engagiert. Und wenn da Hilfe geleistet wird an Leuten, die sonst vielleicht zu uns kämen, dann ist das grundsätzlich richtig; dies sage ich noch einmal. Aber wenn Leute, die hierher gekommen sind, obwohl sie keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben, nach Hause geschickt werden - mit 8 000 DM oder mit einem neuen Haus -, dann ist das grundsätzlich falsch. Dieses möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen.

Wir wollen, daß den Menschen dort geholfen wird. Wir können nicht alle Not, auch in Europa nicht, lindern. Wir können aber unsere mageren Kräfte konzentrieren. Das ist bisher nicht geschafft worden. Sie haben einen 40seitigen Katalog vorgelegt. Wenn

(C)

Sie sagen, Sie arbeiteten an einem neuen Konzept, dann haben Sie uns an Ihrer Seite.

Herr Ministerpräsident, ich würde auch andere Dinge ganz gern von Ihnen hören. Es ist ja seit langem bekannt, daß Sie sich aus der aktuellen Politik zurückziehen. Das macht Herr Clement. Sie sind für Schönwetterphasen da, auch noch einmal für bestimmte Schwerpunktverhandlungen wie bei der Kohle, deren Ergebnisse aber meist schon bekannt sind, bevor Sie mit Ihrer Hilfe beschlossen werden.

Ich hätte mir heute gewünscht, daß Sie, da Sie so engagiert sind, einmal etwas zu Berlin/Bonn gesagt hätten. Viele SPD-Größen kritisieren den Beschluß, der gefaßt worden ist. Mein Wunsch wäre gewesen, daß Sie mit Ihrer Kraft, mit der Autorität des Ministerpräsidenten, des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, gesagt hätten: Das, was wir gestern für Bonn vereinbart haben, ist eine vernünftige Sache.

(Beifall bei der CDU)

Nein! Da kommt dann der Herr Vogel, da kommen andere und sagen: Das kann doch nicht wahr sein. Daß der Hirsch was sagt, das lassen wir einmal außen vor. Der sagt immer etwas. Der stellt alles in Zweifel, nur sich selbst nicht. - Also da hätte ich Ihr Wort einmal ganz gerne gehört.

(D)

Ich möchte auf die Diskussion zurückkommen, die hier etwas kritisch begleitet worden ist, und zwar ist es einmal die Journalistenbeschimpfung des Kollegen Büssow. Sie können ja nun alles tun; aber daß Sie sich beklagen, daß Journalisten gerade Sie falsch verstehen! - Sie würden dann noch den WDR beschimpfen und sagen: Ja wenn die das nicht bringen, dann müssen wir Privatfirmen engagieren, die VideoClips machen. Also, meine Damen und Herren, wir haben doch nicht den Elften im Elften! Der WDR kann nur das übertragen, was hier stattfindet. Und ich bedauere, daß vieles hier nicht stattfindet, daß vieles hier außerhalb des Parlaments geschieht, obwohl es in dieses hineingehört; darin sind wir uns wahrscheinlich einig.

Wenn eine Sondersitzung des Landtags zur Schulpolitik von der Opposition beantragt wird und wenn nicht hier Informationen gegeben werden, sondern draußen

(A) (Hegemann [CDU])

Interviews stattfinden, dann ist das ein Ding aus dem Tollhaus, das ein Parlament sich nicht bieten lassen kann.

Wenn dann gesagt wird: Ja, aber der Schleußer, der hat ja nur alte Kamellen verkauft, dann würde ich erst recht einmal mit Herrn Schleußer reden, warum er die alten Kamellen als neue Hüte verkauft. Dies, die Haushaltsberatung, ist die Stunde des Parlaments. Das Europaparlament kämpft darum, Haushaltsrechte zu bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Frechen [SPD])

Die Parlamentarier erklären: Ohne Haushaltsrecht kein Parlament!

Sie nehmen uns dieses Recht, indem Sie diese Veranstaltung zu einer Farce machen - wie ich vor vier Wochen gesagt habe -,

(Erneut Zuruf des Abgeordneten Frechen [SPD])

indem Sie Wochen zuvor Beschlüsse gefaßt haben, von denen Sie keinen Millimeter mehr abrücken. Sie stellen fest: Sie können Haushaltsberatungen führen, Sie können Anträge stellen, Sie können diskutieren; nur eines können Sie nicht: uns in unserer festen Meinung bewegen. - Das können keine Haushaltsberatungen sein!

(B)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Machen Sie vernünftige Vorschläge! - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ach, ach!)

Die Kontrolle der Regierung kann nicht nur in der SPD-Fraktion stattfinden.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Ein anderer Bereich: Kohlepolitik - 1 Milliarde DM! Sie haben suggeriert, daß hier fresh money in die Hand genommen wird, daß sich das Land an diesem Programm mit 1 Milliarde DM beteiligt. So war es in den ersten Tagen zu vernehmen. Jetzt sagen Sie: Es sind Umschichtungen im Haushalt! Dann sagen Sie fairerweise, was dieses Programm das Sauerland, den Niederrhein und Ostwestfalen kostet, und tun Sie

(C)

nicht so, als nähmen Sie ein zusätzliches Programm in die Hand!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Es ist sicherlich unwürdig, daß Sie dies im Parlament noch wiederholen.

Aber Sie, die sozialdemokratische Regierung, ist Weltmeister darin, Begriffe zu erfinden. Sie sprechen von der Zukunftsinitiative, vom Zukunftsinvestitionsprogramm, von ZIP und ZIN. Es sind immer Mittel, die entweder umgeschichtet worden sind, die es im Haushalt immer gegeben hat, oder es sind Bundesmittel, die Sie als Ihre eigene Leistung verkaufen.

(Beifall bei der CDU)

Der größte Weltmeister in dieser Hinsicht war der frühere Städtebauminister Zöpel. Je weniger Wohnungen er baute, desto mehr Bewilligungsbescheide überbrachte er persönlich. Es hätte nicht viel gefehlt, dann hätte er jede Sozialwohnung einzeln eingeweiht, und man hätte das Gefühl gehabt, hier habe sozialer Wohnungsbau stattgefunden.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Sie tun also immer weniger; aber das, was Sie tun, machen Sie mit einem immer größeren Aufwand.

Nun, der Bewilligungsbescheid ist abgeschafft. Das macht entweder der Minister persönlich, oder der zuständige SPD-Abgeordnete kommt ins Haus. Aber auch das ist nur noch selten der Fall. Meist wendet sich der SPD-Bürgermeister direkt an die Landesregierung. Ich nenne einmal ein Beispiel aus Recklinghausen: Aufsichtsratsitzung "Ruhrfestspiele". Der Kultusminister ist durch zwei Beamte vertreten; diese vertreten eine bestimmte Meinung. Clement erklärt: Was Schwier sagt, interessiert mich nicht; wir haben eine andere Meinung. - Schon findet dann das Gespräch zwischen dem SPD-Bürgermeister - nicht etwa mit dem Kultusminister - heute über bestimmte kulturpolitische Aktivitäten in Recklinghausen statt.

So versteht sich der Manager Clement. Ich hoffe, daß wenigstens etwas Vernünftiges herauskommt, wenn-

(A) (Hegemann [CDU])

(C)

gleich der Weg sicherlich falsch ist.

verlangt!)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das ist völlig falsch.)

- Es mag sein, daß das völlig falsch ist. Das sollten Sie einmal dem SPD-Bundestagskollegen Welt sagen. Er hat mir das seinerseits so mitgeteilt. Ich bin wohl vom Intellekt her in der Lage, die Aussagen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu verkraften.

Machen Sie nicht alles in SPD-Arbeitskreisen, in Kungelkreisen, in der Lobby, wo die Politik gemacht wird, und quälen Sie sich hier nicht durch solche Haushaltsberatungen. Ich würde mir wünschen, Sie würden sich aktiv an diesen beteiligen. Ich glaube, das täte dem Parlament gut.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Beifall bei der CDU)

Es geht weiter in der Art und Weise, wie man Politik darstellt. Zu Herrn Matthiesen! Die Robben lagen kaum tot am Strand, da sagte er: Das Land Nordrhein-Westfalen wird ein Programm zum Schutz der Nordsee machen, mit einem Aufwand von 4 Milliarden DM, über zehn Jahre verteilt.

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Hegemann. - Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Prof. Dr. Farthmann.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: 40 Milliarden!)

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will die Sache hier nicht verlängern. Aber nach dem, was hier zuletzt gesagt worden ist, muß ich drei Bemerkungen zur Frage der Methode der Haushaltsberatungen machen.

Schaut man in den Haushalt, so stellt man fest, daß in den letzten zehn Jahren jeweils 400 Millionen DM im Haushalt standen.

Erstens stellt sich Herr Hegemann hier hin und beklagt das Niveau. Dazu kann ich doch nur sagen: Das bestimmen Sie doch in der Haushaltsberatung. Man sagt doch, die Haushaltsberatung sei die Stunde der Opposition. Sie haben heute morgen die Themen vorgegeben. Die kleinkarierten Themen, die hier diskutiert worden sind, sind von Ihnen vorgegeben worden und von keinem anderen.

(B) Wenn ich die Zahlen addiere, habe ich genau 4 Milliarden DM. Ich habe keine Mark neues Geld in die Hand genommen, suggeriere aber, daß ich mich an die Spitze einer Bewegung setze.

(D)

(Beifall und Zurufe von CDU und F.D.P.)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich würde mir in der Tat wünschen - aber ich bin nicht sehr optimistisch -, daß hier Haushaltsberatungen stattfinden und die SPD die Kraft findet, einmal offen in Beratungen zu gehen. Wir wissen, daß Sie die Regierungspartei sind. Wir wollen Sie nicht über den Tisch ziehen. Sie haben eine Verantwortung auch für diese Regierung, völlig klar. Aber geben Sie doch den Oppositionspolitikern das Gefühl,

Glauben Sie, wir zögen die kritischen Punkte hoch, von denen wir wissen, daß sie kritisch und schwierig sind? Wir haben natürlich schwierige Punkte. Wenn Sie als Opposition es aber nicht nötig haben, sie zu benennen, dann beklagen Sie sich gefälligst nicht über das Niveau und die Kleinkarietheit dieser Debatte. Die Themen bestimmen Sie.

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

daß sie wirklich ihr Geld hier wert sind.

Zweite Bemerkung: Sie, Herr Tschöeltsch, haben sich eben sehr nachdrücklich darüber beklagt, daß die Änderungen im Haushalt, die Einsparungen, die zum Kohleprogramm geführt haben, zuerst der SPD-Frak-

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist zuviel

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

tion zugegangen wären und dort zuerst beraten wurden. Deswegen will ich Ihnen nur eine Frage stellen:

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Eineinhalb Wochen später!)

- Richtig, genauso. Deshalb wollte ich gerade fragen.

Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten hier nicht eine absolute Mehrheit, sondern eine Koalition, und die Landesregierung hätte das getan, was Sie wollen, d.h., sie hätte die beiden Koalitionsfraktionen vor vollendete Tatsachen gestellt, was sie an Einsparungsvorschlägen vornimmt. Das wäre das absolute Ende jeder Koalition.

(Zuruf des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Es ist doch völlig selbstverständlich, daß die Landesregierung sich erst versichert, wenn sie von ihren eigenen Vorschlägen abrückt, und das mit denjenigen bespricht, auf deren Mehrheit sie angewiesen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

(B) Und wenn wir hier eine Koalition hätten, wäre das im Koalitionsausschuß gewesen. Jetzt findet diese Kontrolle innerhalb der Regierungsfraktion statt. Es ist erst bei uns diskutiert worden. Das ist das Normalste und Selbstverständlichste, was es gibt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin ja auch nicht von gestern, Herr Tschoeltsch, und deshalb habe ich viel Verständnis dafür, wenn jemand zu reden hat und versucht, hier Stimmung zu erzeugen im Hinblick auf die Zuschauer auf der Tribüne und auf die Öffentlichkeit, die durch die Journalisten repräsentiert wird. Aber bauen Sie hier doch nicht irgend etwas auf, von dem Sie genau wissen, daß es absurd und unrealistisch ist.

(Beifall bei der SPD)

Damit nähren Sie Staatsverdrossenheit, die in der Sache nicht begründet ist. Das muß man ganz deutlich sehen.

Und nun die dritte Bemerkung! Einige von Ihnen

(C)

haben sich darüber beklagt, daß sich hier im Plenum nichts mehr ändert, und die ganze Debatte wäre deswegen eine Farce. Darauf muß ich Ihnen erwidern: Wer das sagt, erkennt nicht den Sinn moderner parlamentarischer Beratung, wie sie in der Massendemokratie stattfindet. In der Tat dienen die Plenarsitzungen nicht mehr dazu, noch jemanden zu überzeugen. Ich kann ja hier mit Engelszungen reden, was ich ja auch oft tue, aber ich mache mir keine Illusionen: Damit überzeuge ich keinen von Ihnen, so intensiv ich - -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Doch!)

- Ja, Sie Herr Vesper; Sie sind ja in jeder Hinsicht etwas ganz Besonderes,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

aber sonst überzeuge ich hier keinen. Das liegt natürlich auch daran, daß die Fraktionen in dem Moment, in dem hier plenar beraten wird, festgelegt sind. Sie haben doch ihre Beschlüsse gefaßt, und es kann doch gar keiner mehr abweichen, selbst wenn er sagt: Der Farthmann hat ja recht.

(D) Trotzdem, meine Damen und Herren - und es geht mir darum, daß wir hier in der Öffentlichkeit nichts Falsches darstellen -: Auch wenn das so ist, sind solche Beratungen im Plenum nicht überflüssig, sondern sie dienen der zweiten wichtigen Funktion, nämlich nicht die Meinung der Parlamentarier zu beeinflussen, sondern der Öffentlichkeit darzustellen, welche Gruppe denn welche Meinung zu welchem Punkt vertritt. Das ist doch eine entscheidende Funktion, die wir hier haben. Deswegen sind all die Beratungen, die Sie deshalb nicht unter Niveau absinken lassen sollen, dazu da, die schwierigen und wichtigen Punkte hier anzusprechen, damit die Bürger draußen wissen, in welchen Punkten wir unterschiedliche Meinung aus welchen Gründen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Auch wenn wir hier nichts mehr ändern! Das geschieht nämlich in den Ausschüssen. Aber das Plenum ist dazu da, um die unterschiedliche Meinung vor der Öffentlichkeit zu notifizieren. Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Setzen Sie alles daran, daß das

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Niveau hier nicht absinkt. Wir sind dazu bereit.  
- Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Danke schön, Herr Kollege Farthmann. Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

**Finanzminister Schleußer:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe zu, daß Haushalt und Haushaltsrecht nicht immer ganz einfach sind. Ich bin jedoch genauso davon ausgegangen, daß das, was sich an die Landeshaushaltsordnung anlehnt und was mit ihr in Verbindung steht, herüberzubringen ist.

Nun hat mich Herr Kollege Hegemann auf eine neue Version gebracht, und ich habe dabei an den Kollegen Dorn gedacht, der gerade nicht anwesend ist. Sicherlich hat es Zeiten gegeben, in denen Haushaltsberatungen anders stattfanden: indem man aufeinander zuzuging, indem man überlegte, wie man mit dieser oder jener Frage umgehen kann. Ich bestreite das nicht.

(B) Nur, Sie müssen wissen, Herr Kollege Tschoeltsch, es war insoweit auch ein wenig anders, als daß man mit dem gesamten Parlament redete und nicht, wie das heute vonstatten geht, daß ich bei der Fraktion der CDU nicht mehr die Fraktion erkennen kann, sondern Abteilungen.

(Widerspruch bei der CDU - Beifall bei der SPD)

- Soll ich Ihnen das belegen? - Da wird gestern oder heute morgen auch wieder permanent behauptet, daß da 17 000 Lehrer fehlen, 7 000 Polizisten fehlen. Sie können das fortsetzen, was alles fehlt und was zusätzlich ausgegeben werden soll. Und dann meldet sich gegen 21.00 Uhr abends Herr Bensmann zu Wort und sagt, es sei ungeheuerlich, was da alles an Personalausgaben entstehen würde, es dürften maximal 300 Stellen für die Finanzverwaltung eingerichtet werden. Und auf meinen Einwurf, ob er vergessen habe, was denn den ganzen Tag über geredet worden sei, sagte er, mit dem habe er nichts zu tun.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich sage: Genau das ist Abteilungsverhalten, und mit Abteilungen kann man keine Haushaltspolitik machen. Damit müssen Sie sich abfinden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Jetzt komme ich zu ihrem Kollegen Hegemann, der natürlich laut und vernehmlich beklagt - das ist auch wieder Abteilungsdenken -, daß das Programm für die Kohlerückzugsgebiete kein frisches Geld ist, also aufgelegtes, neues Geld, sondern daß wir das getan haben, was finanzpolitisch vernünftig ist, von Ihnen aber nur verbal gefordert wird, nämlich umsichten im Haushalt. Der Herr Ministerpräsident und Herr Kollege Trinius haben das dargestellt: Es war eine mühselige Arbeit, an vielen Einzelpositionen des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen fast 140 Millionen DM zu erwirtschaften. Wir haben das geschafft.

Dann gab es noch eine Zusage, die mein Kollege Einert im Einvernehmen mit dem Finanzminister sehr frühzeitig genannt hatte: Wir wollen nicht daran verdienen, daß die Kohlesubventionen zurückgeführt werden, und wir werden die Mittel, die bei der Kokskohlesubvention frei werden, ebenfalls diesem Programm zuführen. Das haben wir gemacht.

Da gab es dann die Zusammenfassung der aus dem Haushalt erwirtschafteten 138,5 Millionen DM und der 45 Millionen DM, die bei der Kokskohlesubvention nicht mehr gebraucht wurden. Das macht haargenau das Programm von 183,5 Millionen DM aus.

Herr Kollege Tschoeltsch, das wollten wir, und darum ist der Absatz aufgenommen worden, daß diese Mittel zusätzlich zu den Mitteln, die an anderer Stelle des Haushalts eingesetzt werden, ausgegeben werden können. Damit wird der Ordnungsrahmen der Landeshaushaltsordnung erfüllt. Das heißt: Sie können ein bereits bestehendes Programm verstärken.

Aber das heißt doch nicht, daß der Landtag nicht beteiligt ist. Sie sind an den Einzelprogrammen beteiligt, Sie sind an diesen 183,5 Millionen DM beteiligt, die exakt ausgewiesen und in den Haushalt eingestellt worden sind und die der Landesregierung nur die

(C)

(D)

(A) (Minister Schleußer)

Möglichkeit geben, bestimmte Schwerpunkte zu verstärken. Das ist eine ganz reguläre Sache.

Ich bin dem Fraktionsvorsitzenden der SPD dankbar, daß er Haushaltsplanberatungen noch einmal so dargestellt hat, wie sie anders gar nicht gehen, wie sie in allen Ländern und beim Bund üblich sind, weil es keine andere Form gibt. Sie kennen die Verfassungsnorm, daß der Finanzminister bei der Aufstellung des Haushalts bestimmte Rechte hat, er allein. Es gibt dann die Zustimmungsmöglichkeiten des Kabinetts. Aber der Budgetgeber ist der Landtag, nicht der Finanzminister, nicht die Landesregierung.

(Zurufe von der CDU)

- Ich wiederhole das gerne, wenn Sie es hören wollen. Sie können zehn Jahre über Verfälschung und sonst etwas reden: So lange die Verfassung so ist, wie sie ist - und ich finde, sie ist gut -, wird der Finanzminister und wird dieses Kabinett Haushaltspolitik nicht im luftleeren Raum machen, sondern sich vergewissern, ob das, was überlegt wird, im Landtag auch mehrheitsfähig ist, die Überlegungen also diskutieren, um der Mehrheit des Budgetgebers sicher zu sein. Unsere bisherige Erfahrung war die: Diese Mehrheiten sind bei der Mehrheitsfraktion zu bekommen.

(B) Wenn Sie die Landesregierung demnächst in ihrer vernünftigen Politik unterstützen wollen, bin ich bereit, auch bei Ihnen um diese Mehrheit zu werben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Danke schön, Herr Finanzminister! - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Linssen das Wort.

**Abgeordneter Dr. Linssen (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß der Debatte kurz auf Herrn Farthmann eingehen! Herr Farthmann, natürlich machen wir uns überhaupt nicht die Illusion, daß wir hier in der zweiten Lesung plenar noch etwas ändern. Das wissen Sie wohl auch. Sie brauchen also gar nicht zu suggerieren, daß wir irgendwie dieses Gefühl hätten. Nein, wogegen wir uns wehren, ist, daß die gesamten Ausschußberatungen eine reine Farce sind.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dort, wo hinter verschlossenen Türen etwas geändert werden könnte, wird nichts mehr geändert. Wissen Sie, was Ihre Fraktion getan hat? Sie haben Änderungsanträge der Opposition, Sparanträge von uns, in der Größenordnung von sage und schreibe rund 4 Millionen DM gebilligt. Das muß man sich einmal bei einem Haushalt von 74 Milliarden DM vorstellen. Wir haben uns gefragt, warum Sie das überhaupt getan haben. Sie haben es wahrscheinlich getan, damit wir nicht das Argument haben, Sie hätten jeden Antrag abgeschmettert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Es ist einfach unwürdig, Herr Farthmann, daß wir, wenn wir jetzt im Grunde genommen über zwei Monate Ausschußberatungen machen, so behandelt werden, daß man einfach keine Lust mehr hat. Es macht keinen Spaß mehr, hier mit Ihnen zu arbeiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter Frechen [SPD]: Dann treten Sie doch zurück! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Nein, wir haben doch immer noch die Hoffnung, daß Sie das vielleicht einsehen und das Verfahren ändern. Denn der Ministerpräsident spricht hier nicht umsonst auch zur politischen Kultur und will doch aus seiner Sicht einen Beitrag liefern, damit sich das verbessert. Wenn Sie sagen: "Das Karo bestimmen wir", dann haben Sie sicherlich recht. Aber der Ministerpräsident hat doch ganz bestimmte Dinge aufgenommen, und Sie werden ihm doch nicht unterstellen, daß er hier kleinkariert geredet hat.

(D)

Von Herrn Schleußer wird Abteilungsdenken beklagt. Herr Schleußer, Sie haben die gesammelten Anträge der Opposition vorliegen. Daraus erkennen Sie die Handschrift der Opposition und auch das Konzept, auf das wir uns geeinigt haben,

(Minister Schleußer: Beim besten Willen nicht!)

und das ist maßgeblich. Wenn wir beklagen, daß 17 000 Lehrer fehlen, wenn wir beklagen, daß 7 500

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Polizisten fehlen, dann stellen wir doch nicht gleichzeitig den Antrag, diese einzustellen.

(Lachen bei der SPD)

- Entschuldigen Sie, wo haben wir denn den Antrag gestellt? Unser Problem ist doch, daß wir uns eigentlich überhaupt nicht in das Gefängnis Ihrer roten Zahlen begeben können. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen mit dem Finanzvolumen, das da ist, auskommen, müssen versuchen umzuschichten, müssen versuchen, das an ganz deutlichen Punkten klarzumachen. Im übrigen können wir nur darauf verweisen, daß die Einnahmenseite dieses Haushalts natürlich in starkem Maße bestimmt wird von den Wachstumsprozessen unserer Wirtschaft. Sie sind ja heilfroh, daß in Bonn Kohl regiert und diese Regierung im Amt ist, weil Sie dadurch hervorragende Steuereinnahmen haben.

(Lachen bei der SPD)

(B) Kennen Sie die denn nicht? Nun stellen Sie sich doch einmal vor, Sie hätten die Zeit von 1980/81/82 wieder mit realen Rückgängen! Sie haben jetzt 6,7 % mehr Steuereinnahmen in diesem Land. Herr Schleußer, ich meine, Sie müßten wirklich jeden Tag ein Danktelegramm nach Bonn schicken.

(Minister Schleußer: Das haben Sie jetzt zum zehnten Mal erzählt; trotzdem ist es nicht richtig!)

6,7 %, das ist phantastisch. Aber Sie kommen nicht damit aus, weil Sie sich mit den Zinsen so stranguliert haben, daß dieser Posten Ihnen als verantwortlichem Finanzminister im Grunde genommen den Atem nimmt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Nein, wir legen für jede Personalausgabe einen Deckungsvorschlag vor, ganz exakt, und wir tun nur das, was wir als seriöse Opposition verantworten können.

(C)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Ist doch nicht wahr!)

Wir lassen uns in unserem Sparwillen hier im Lande von niemandem übertreffen, und wir wünschten, daß Sie früher die Signale gegeben hätten. Sie wissen, daß früher unter Ihrer Ägide zunächst einmal viel Personal eingestellt worden ist und Sie jetzt natürlich drastisch versuchen, die Bremsen zu ziehen, weil Sie mit 110 Milliarden DM - 108 sind es, glaube ich, zur Zeit; Ende des Jahres vielleicht 111 - im Grunde genommen uns alles weggenommen haben.

Und alles kommt daher, weil Sie - denken Sie an das Jahr 1980/81 - zweistellige Milliardenzuwächse in der Verschuldung hatten. Das ist Ihr Erbe. Sie können im Moment überhaupt nicht auf Bonn verweisen. Das ist Ihr Dilemma.

(Minister Schleußer: Habe ich das jemals getan?)

- Natürlich! Sie haben doch den Verschiebebahnhof nach Bonn immer bestätigt.

(Minister Schleußer: Ich habe Fakten genannt!)

Sie haben pausenlos erklärt, Bonn ist an allem schuld. (D)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist richtig!)

- Entschuldigen Sie, bei 6,7 % mehr Steuereinnahmen können Sie doch diese Melodie nun wirklich nicht mehr singen.

(Beifall bei der CDU)

Nein, die Verschuldung ist hausgemacht.

Wir haben Ihnen auch in den Haushaltsberatungen immer klargemacht: Singen Sie nicht diese wirklich schlimme Melodie, zu behaupten, die deutsche Einheit sei an allem schuld.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Henning [SPD]: Jetzt erzählt er wieder Märchen!)

Wir müssen sicherlich dieses Verteilungsgespräch einmal führen: Wieviel brauchen wir für die neuen

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Länder? Wieviel brauchen wir für Entwicklungshilfe, für Flüchtlingspolitik?

Ich glaube, daß wir hervorragend dastehen in den Einnahmen, die wir zur Zeit haben. Aber Sie können das nicht mehr, wenn Sie 6 % Gehaltserhöhung haben. Ich wundere mich immer, wo das Wort des Finanzministers auch einmal zu Tarifverhandlungen bleibt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Vorsichtig!)

- Die Politik soll sich nicht einmischen, aber die Politik kann schon sagen, was sie davon hält, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CDU)

Denn bei 6 % Tarifsteigerung plus 1,5 % Strukturverbesserung sind das 7,5 %. Bei 40 % Personalkosten sind das 3 % Haushaltssteigerung, die wir nur brauchen, um Löhne und Gehälter zu bezahlen. Dann ist vielleicht einmal ganz interessant, auch Ihre Meinung dazu zu hören, was Sie im folgenden Jahr erwarten.

(B) Wir haben über Fresh money gesprochen. Meine Damen und Herren, natürlich müssen wir umschichten; das ist doch völlig klar.

(Minister Schleußer: Das müssen Sie Herrn Hegemann sagen!)

- Nein, das weiß Herr Hegemann ganz genau. Wogegen Herr Hegemann sich zu Recht gewandt hat, ist, daß pausenlos Etikettenschwindel passiert.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Trinius [SPD]: Wo denn?)

Der größte Meister ist wirklich Herr Matthiesen. Er ist ja noch besser gewesen als jetzt bei dem Kohlesonderprogramm. Herr Matthiesen hat ja nicht nur dieses 4-Milliarden-Programm zur Rettung der Nordsee verkauft, er hat ein 40-Milliarden-Programm verkauft. Sie erinnern sich vielleicht: Die Hälfte waren die Investitionen der Industrie, hochgerechnet bis zum Jahr 2000, die andere Hälfte waren hochgerechnet die

(C)

Investitionen der Kommunen, die wir aufgrund der Abwasserpläne bis zum Jahre 2000 vorhaben. Das muß man sich einmal vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Gegen dieses Etikettenschwindel wehren wir uns natürlich zu Recht. Deswegen sagen wir: Dann gebt zu, wenn ihr aus anderen Regionen Geld abzieht. Sagt den Leuten das ehrlich, was ihr ihnen zumutet, sagt, eure Prioritätensetzung ist eben so, daß es euch egal ist, wenn in den ländlichen Räumen die landwirtschaftlichen Betriebe sterben; die sterben eben langsam, für die tut ihr nichts, geräuschlos, einzelne nacheinander.

(Widerspruch bei der SPD - Ministerpräsident Dr. Rau: Das ist uns nicht egal!)

Sagt ihnen: Wir haben ganz bestimmte Schwerpunkte, da setzen wir Geld hinein.

Diese Ehrlichkeit verlangen wir, mehr überhaupt nicht. Das war das, was Herr Hegemann vorgetragen hat. Ich meine, das sollten Sie sich ab und zu ein bißchen zu Herzen nehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Linssen. - Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 02 liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Ende der Beratung.

Vor der Abstimmung hat Herr Abgeordneter Dr. Klose nach § 61 der Geschäftsordnung zu einer persönlichen Bemerkung um das Wort gebeten. Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Redebeitrag von Herrn Kollegen Büssow mit der Bemerkung zu meiner Einschätzung des Reintegrationsprogramms der Landesregierung gibt mir Veranlassung, eine persönliche Bemerkung nach § 61 der Geschäftsordnung zu machen, weil ich ein Mißverständnis ausräumen möchte - ein Mißverständnis, daß auch dadurch einge-

(A) (Dr. Klose [CDU])

treten ist, daß die Presse sehr unterschiedlich über den Verlauf der Pressekonferenz berichtet hat. Einige Journalisten waren da; was sie berichtet haben, das war im wesentlichen richtig. Andere haben ihre Erkenntnisse, weil sie nicht da waren, woandersher bezogen; da schien manches unter dem Eindruck einer eigenen Einschätzung zu stehen.

Ich habe sinngemäß gesagt: Ich halte den Ansatz, die Idee, den gedanklichen Ansatz, die Ursachen der Wanderungsbewegung im Herkunftsland selbst zu bekämpfen und einzudämmen, für richtig.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin allerdings der Auffassung - so habe ich sinngemäß gesagt -, daß das bisher von der Landesregierung verfolgte Reintegrationsprogramm in der bisherigen Form keine Lösung ist.

Wer in Skopje war und sich das angesehen hat, der weiß, daß das soziale Umfeld einbezogen werden muß und daß der Erfolg einer Reintegration ganz wesentlich, ja, entscheidend davon abhängt, ob es gelingt, dort Arbeitsplätze zu schaffen oder nicht.

(B) Ich bin der Auffassung, daß diese positive Antwort bisher nicht gegeben worden ist, und bleibe bei meiner Meinung, daß eine Neugestaltung des Programms erforderlich ist, denn bei dem entsetzlichen Elend, das wir dort angetroffen haben, muß mehr passieren als Rückführungen.

Als Leiter der Delegation hatte ich auch die Verpflichtung, die Standpunkte einzufangen. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß dies der Standpunkt war, den alle im wesentlichen vertreten konnten. Ich wollte das hier klarstellen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Klose!

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei. Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache

11/2802 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine. Der Einzelplan 02 ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN beschlossen.

Ich rufe Nummer 2 auf:

### Gemeindefinanzierungsgesetz 1992

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/2817 sowie auf die vorliegenden Änderungsanträge und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Britz von der Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Britz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag berät heute in zweiter Lesung nicht nur den Landeshaushalt 1992, sondern auch das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs am Solidarbeitrag zur deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1992.

Will man dieses Gesetz in seinem Inhalt und in seinen Auswirkungen beurteilen, muß man sich zunächst über die Rahmenbedingungen Klarheit verschaffen. Wir müssen fragen: Wird das GFG 1992 den Ansprüchen der gesetzlichen wie politischen Forderungen gerecht? (D)

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Nein!)

Gesetzliche Grundlagen sind sowohl Art. 106 Abs. 7 des Grundgesetzes, der den Gemeinden einen bestimmten Prozentsatz vom Länderanteil am Gesamtaufkommen der Gemeinschaftsteuern zuweist, sowie Artikel 79 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen, der dem Land die Aufgabe auferlegt, einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten.

Nun zu den politischen Forderungen bzw. Ansprüchen:

Ministerpräsident Rau spricht vom - ich zitiere - "Gleichschritt der Städte und Gemeinden mit der Entwicklung des Landes".